

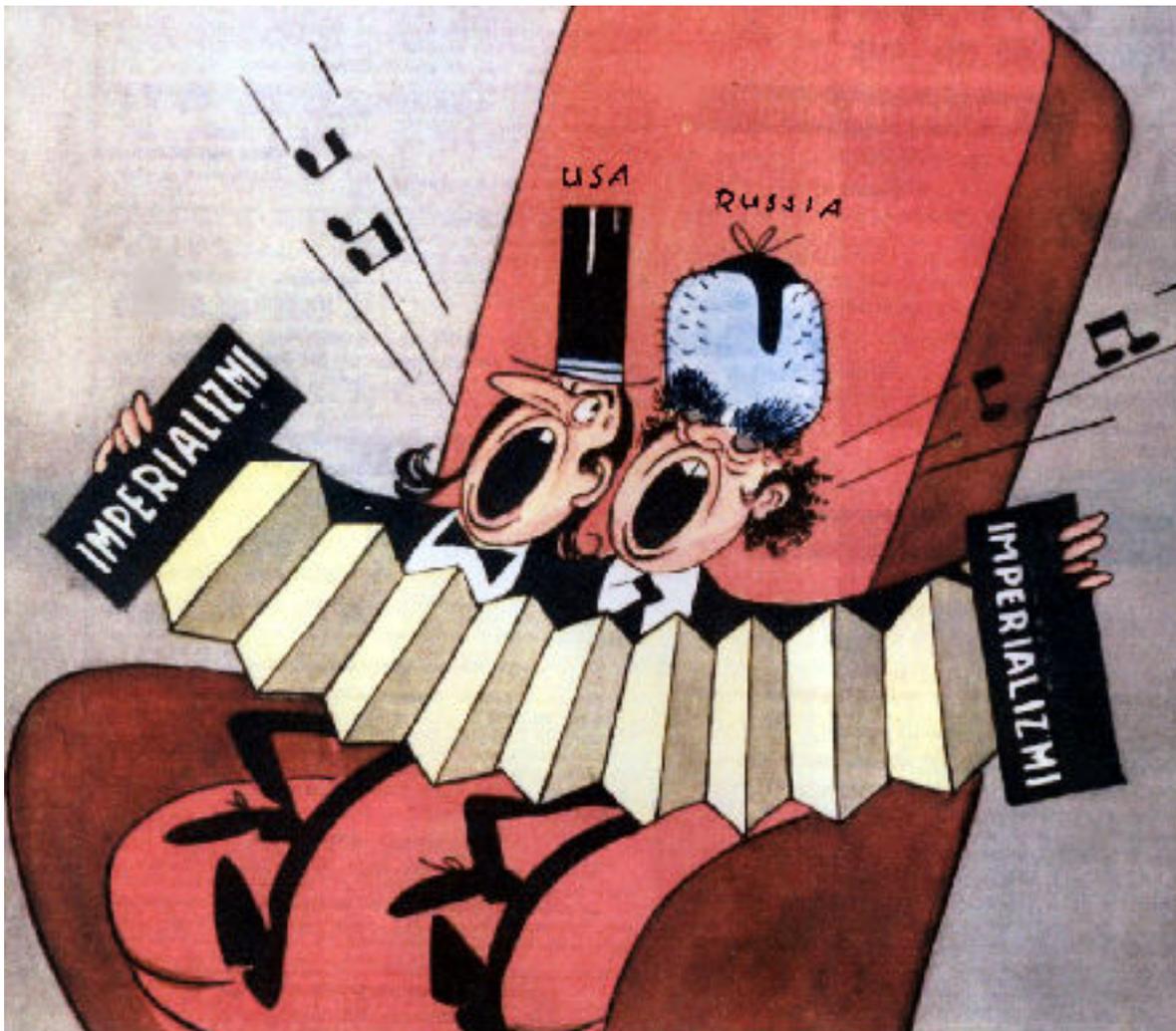
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

**ROTER
STERN**



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
42. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.2/2008 1,-- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org

Die Imperialisten spielen auf zum Totentanz !



(nach einer Karikatur aus dem sozialistischen Albanien)

Zum "Kaukasus-Konflikt":

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Worum ging bzw. geht es in diesem Konflikt? Ist es ein Konflikt zwischen Georgiern und Osseten bzw. Abchasiern? Wir sind der Meinung, daß dies nicht der Fall ist, sondern daß es sich um einen von zahlreichen Konflikten zwischen den beiden imperialistischen Mächten USA (und NATO) auf der einen und Rußland auf der anderen Seite handelt. Wenn wir Recht haben, bedeutet das, daß es sich im Kaukasus nicht um einen lokalen Konflikt handelt. Also nicht um einen "Kaukasuskonflikt", sondern um einen mehr oder weniger globalen Konflikt. Das bedeutet dann auch, daß dieser Konflikt mit irgendwelchem Waffenstillstand oder mit irgendwelchen EU- oder NATO-Erklärungen noch nicht beendet ist. Und es bedeutet auch, daß diese Einzel-Konflikte die Gefahr eines globalen Krieges, eines neuen Weltkrieges immer größer werden lassen.

Wir Kommunisten müssen hierbei klar Position beziehen. In einem Konflikt zwischen imperialistischen Mächten gibt es keine gerechte Seite, das hat die Vergangenheit gezeigt. Die Tatsache, daß es mehr als ein imperialistisches Zentrum gab, hat im vergangenen Jahrhundert den Frieden nicht gesichert, sondern zweimal zum Weltkrieg geführt mit etwa 100 Millionen Toten und unsagbarem Elend für die Überlebenden. Als die zwei Supermächte USA und Sowjetunion sich rivalisierend gegenüberstanden, sprach sogar die Bourgeoisie von einem "Gleichgewicht des Schreckend"; es hat auch nicht den Frieden gebracht, sondern in zahlreichen "Stellvertreterkriegen" ebenfalls Millionen Tote und verwüstete Länder. Man kann auch nicht sagen, daß die eine imperialistische Seite deswegen "gerechter" oder "besser" sei, weil sie im Augenblick schwächer oder weniger aggressiv ist.

Konflikte zwischen Staaten versucht man normalerweise zunächst anders zu lösen als durch Krieg, nämlich durch Diplomatie. Man schickt sich gegenseitig Protestnoten, ruft die Botschafter ab, friert Bankkonten ein, blockiert Verkehrswege usw., die Maßnahmen werden dabei immer schärfer - erst, wenn das alles nichts nützt, wird "zurück"geschossen. Das meinte Clausewitz mit sei-

ner berühmten Aussage: "Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln." Wir denken, das macht klar, daß es bei der Schuldzuweisung darüber, wer nun der Aggressor ist, nicht darum geht, wer den ersten Schuß abgegeben hat, sondern darum, wer diese Politik begonnen hat - der ist der Aggressor!

Seit Regierungsantritt von Ronald Reagan 1980 streben die USA ganz offen eine neue Weltordnung an, bei der sie das alleinige Sagen haben. Die derzeit einzige Supermacht USA setzte unter Bush junior das Schwergewicht ihrer Weltpolitik auf die Ölregion des Nahen Ostens - abgesehen vom Rohstoff Öl gibt es hier noch mehr als eine Milliarde Menschen, die noch nicht den "Segnungen" des Dollars unterworfen sind. Zu Ende der Bush-Regierung setzt die US-Administration angesichts der Schwierigkeiten in der islamischen Welt wieder auf die Brzezinski-Doktrin. Zbigniew Brzezinski erklärte, daß der Endsieg der USA in der Welt nur durch eine Schwächung Eurasiens, d.h. vor allem Rußlands erreicht werden kann. Diesem Ziel dienen die NATO-Aufnahme der Ukraine bzw. Georgiens, die Unterstützung der orange-farbenen "Revolution" in Weißrußland, die auch schon früher z.B. unter Eisenhower und Reagan betriebene Destabilisierung verschiedener Länder wie z.B. durch die Anzettelung von Unruhen durch den CIA zuletzt in der Mongolei im Juni/Juli 2008. Und natürlich auch die Aufstellung von Raketenbasen in Polen und Tschechien.

Rußland ist selbst eine imperialistische Macht und geht z.B. in Tschetschenien genau so brutal vor wie die USA und ihre Komplizen im Irak und jetzt verstärkt in Afghanistan. Wir sind für die Zerschlagung eines imperialistischen Staates wie Rußland, aber durch die Werktätigen, nicht durch eine andere imperialistische Macht.

Beide Seiten führen ihre Politik und ihre Kriege vollmundig mit Begründungen wie "Freiheit", "Demokratie" oder "Selbstbestimmungsrecht". Das sind nur vorgeschobene Propagandalügen.

Der Kaukasus wird heute zum Schlachtfeld für innerimperialistischen Zwist und Stellvertreterkriege

Ossetien trat 1774 als vereintes Gebiet (Nord- u. Südossetien) dem russischen Reich bei. Die georgischen Nationalisten, die konterrevolutionäre "weiße" Menschewikiregierung von 1918-1922 und die "orangene" Saakaschwili-Regierung von heute pochten bzw. pochen dagegen auf ein angebliches, unserer Meinung nach reaktionäres Recht der "natürlichen Grenzen", was zur Folge hatte, daß die Staatsgrenze zwischen dem heutigen Georgien und Rußland mitten durch das Land der Osseten geht - wir Deutschen kennen das Leid der Teilung unseres Landes durch die "Westmächte" und die Adenauer-Regierung. Schon im Jahr 1918 metzelte die prokapitalistische Menschewiki-Regierung Tausende Südosseten nieder. Die Überlebenden dieses Pogroms riefen damals die Rote Armee Lenins und Stalins zu Hilfe, doch die heutige russische Armee ist keine Rote Armee.

Nach dem offiziellen Zusammenbruch der Sowjetunion, nach Einführung der vom "Westen" so bejubelten Glasnost- und Perestroika-Politik wurden die nationalen Zwistigkeiten wieder geschürt, die durch Stalins Nationalitäten-Politik beigelegt worden waren. Es gab wieder blutige Auseinandersetzungen zwischen jetzt prowestlichen Georgiern und den auf Wiedervereinigung mit Nordossetien bedachten Südosseten. Bei allen Volksabstimmungen seit der "Wende" setzte sich die Bevölkerung von Südossetien mit großer Mehrheit für die Loslösung von Georgien ein. Bei den Friedensverträgen von 1992 und dem Vertrag von Istanbul 1999 wurde von allen drei Parteien (Südossetien, Georgien, Rußland) ein Abkommen unterzeichnet, wonach russische "Friedenstruppen" in Abchasien und Südossetien stationiert wurden. Den russischen Truppen wurde ein Einsatzraum bis 6 km vor Tiflis zugesichert.

Nach der "orangenen Revolution" von Saakaschwili wurde der georgische Staatshaushalt von den USA bezahlt. Massive Militärhilfe von den USA, der NATO, von Israel und der Ukraine setzte ein. Vor dem georgischen Angriff auf Südossetien am 8. August 2008 führten Georgien und die USA ab dem 15. Juli gemeinsame Militärmäner durch - Anfang August beginnt die südossetische Regierung damit, Kinder nach Rußland in Sicherheit zu bringen.

Immernoch-nur-Bundesminister des Auswärtigen Steinmeier (SPD) war in dieser Zeit in Georgien, um einen "Friedensplan" vorzustellen, wie es o-

ffiziell heißt. Wir erinnern uns noch an die Rolle, die der damalige Bundesminister des Auswärtigen Genscher bei der Zerstückelung Jugoslawiens spielte. Kurz nach Steinmeiers Besuch begann der georgische Überfall auf Südossetien...

Georgiens Präsident Saakaschwili hat einen mörderischen Angriff auf Südossetien gestartet, dessen Bevölkerungsmehrheit sich seit 1992 von Georgien abtrennte. Da Saakaschwili mit Georgien in die NATO will, kann man davon ausgehen, daß dieser Überfall kein "überraschender" Alleingang war. Sogar bürgerliche Medien vermuten, daß absichtlich ein Zeitpunkt für den Überfall gewählt wurde, an dem viele Menschen ihr Augenmerk auf die Olympischen Spiele in Peking gerichtet hatten. Als die georgischen Truppen die südossetische Hauptstadt Zchinwali (früher Staliniri) bombardierten, Streubomben und Minen einsetzten, gab es 2.100 Tote und mindestens eben so viele Verletzte.

Während die Kampfhandlungen andauerten, konnte sich der UN-Sicherheitsrat nicht auf eine gemeinsame Erklärung verständigen. Die USA beschworen Rußland, "Georgiens territoriale Unverletzlichkeit" zu achten, womit das Recht der georgischen Regierung gemeint war, die **abtrünnigen** Kräfte in Südossetien zu unterdrücken und abzuschlachten - um die territoriale Integrität Ossetiens ging es nicht.

Die russischen Medien stellten dem gegenüber heraus, daß die inkonsequente Behandlung des Rechts von Nationen auf Unabhängigkeit seitens der USA und der EU eigennützig ist. Diese erkennen Kosova an, verweigern aber Südossetien die Anerkennung. Sie fordern von Rußland, die Grenzen zu respektieren, verletzen aber ständig rücksichtslos die Grenzen des Irak und Afghanistans. Der russische Standpunkt ist aber heuchlerisch: Wer kann Rußlands Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht von Nationen für bare Münze nehmen, wenn es selbst die tschetschenische Nation blutig unterdrückt, die seit Jahren für Loslösung von Rußland kämpft? Bei einer starken russischen Militärpräsenz in Südossetien wird dessen Unabhängigkeit bestenfalls auf dem Papier stehen. Hinter diesem Krieg stehen sowohl auf russischer wie auf georgischer Seite die imperialistischen Mächte und z.B. ihre Ölkonzerne. Auf dem Spiel stehen die Ölreserven rund um das Kaspische Meer und neue Gas- und Ölleitungen außerhalb

der territorialen Kontrolle Rußlands.

Die Werktätigen und fortschrittliche Kräfte sollten eine eindeutige Haltung zum russisch-georgischen Konflikt einnehmen: Feindschaft gegen die imperialistischen Mächte, zugleich Beistand für das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung und unter Einschluß des Rechts auf Formierung eines getrennten Staates, wenn sie dies wünschen. Die Imperialisten verweigern schon seit den ersten Tagen des Kolonialismus den Völkern das Recht auf Selbstbestimmung z.B. mit Behauptungen wie, diese seien dazu "noch nicht" fähig, ihr Land sei "zu klein" usw.

Ablehnung der imperialistischen Marionettenregierung in Georgien!

Unterstützung des bewaffneten Widerstands der dortigen Bevölkerung.

Die Rechte der georgischen Minderheit in Südossetien müssen gewahrt werden und allen Versuchen zu ethnischen Säuberungen, von welcher Seite auch immer, Mut entgegen getreten werden - Flüchtlingen muß die Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht werden.

Für den Hinauswurf aller US-Militärberater und -einheiten aus Georgien und für den Sturz des kriminellen Sakaschwili-Regimes!

Alle "Vermittlungen" durch die EU oder die europäischen imperialistischen Staaten wie Deutschland und Frankreich müssen zurückgewiesen werden.

Es ist wohl richtig, daß die russische Militärintervention ein weiteres Blutvergießen durch die georgische Soldateska objektiv verhindert hat. Doch das ist nur Nebensache für die Herren in Moskau und wird von den neuen Kremlzaren nur als Tarnargument vorgebracht, um ihre subjektive Defacto-Eroberung zu kaschieren. Rußland ist ein kapitalistischer Staat, eine imperialistische Macht, die selbst nationale Minderheiten wie die Tschetschenen blutig unterdrückt.

Ein Volk, das seine Freiheit nicht selbst erkämpft hat, wird sie bald wieder verlieren. Was eine Unabhängigkeit unter russischen Militärstiefeln wert ist, wird sich spätestens dann zeigen, wenn die Osseten nicht nach der Pfeife Moskaus tanzen wollen. Deswegen fordern wir den Abzug aller ausländischen, auch der russischen Truppen aus Abchasien, Georgien und Ossetien.

Wir halten uns an die Forderung Karl Liebknechts an alle werktätigen Menschen (Hervorhebung von

uns):

"Diesem System keinen Groschen und keinen Mann!"

Das System war zu Karl Liebknechts Zeiten der Imperialismus - das System ist heute immer noch der Imperialismus! Karls Forderung ist heute so aktuell wie damals!

Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker!

Hände weg von Georgien!

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Keine deutschen "Berater" nach Georgien!

Stoppt die Rüstungsexporte!

BRD raus aus der NATO - NATO raus aus der BRD!

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

* * *

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Redaktion und Vertrieb:

**Postfach 35 11 02
39034 Magdeburg**

www.kpd-ml.org

und

kontakt@kpd-ml.org

* * *

Eigendruck im Selbstverlag

Die neue Hetzkampagne gegen Hartz-IV-Bezieher: Ablenkung von den bestehenden Klassenkonflikten

Der "Aufschwung" ist bei den meisten Arbeitnehmern sowie bei den Rentnern nicht angekommen, die Preise für Energie, Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs sind enorm angestiegen. Die Realeinkommen der meisten Arbeitnehmer stagnieren, die Realeinkommen der Rentner sinken. Der Konsum im Einzelhandel ist weiter rückläufig.

Schuldige werden präsentiert: Eine hetzerische Medienkampagne gegen den "Missbrauch von Sozialleistungen" wird von SAT.1 gestartet BILD legt nach und widmet sich den so genannten "Sozialschmarotzern" und berichtet reißerisch über Hartz IV-Empfänger, die in Saus und Braus leben.

Entgegen der froh machenden Botschaft der multimedialen Traumwelt, die immer weniger Arbeitslose verkündet, leben in der BRD alleine rund 7,8 Millionen Personen mit staatlichen Leistungsbezug (ALG I - ALG II - ergänzendes ALG II - Sozialgeld), noch nicht gerechnet die Personen im SGB XII (u.a. Grundsicherung im Alter)

Es gibt also in vielen Familien eine Person, die staatliche Leistungen zur Grundsicherung beziehen muss. Ebenso wissen viele Arbeitnehmer, dass sie von Hartz IV im Falle der Arbeitslosigkeit nur 12 Monate entfernt sind.

Und was berichtet nun BILD über die Hartz-IV-Bezieher?

Ein angeblicher ALG II Empfänger berichtet, wie er 1000 Euro monatlich an der Steuer und der Arge vorbei verdient ("Schwarz-Arbeiten"). Der Mann erhält von der Arge die Kosten für eine Einzimmer-Wohnung sowie den ALG II Regelsatz.

- Wie eine Hartz-IV-Empfängerin plötzlich 15 Untermieter hat

- Wie aus Polen auf wundersame Weise Hartz-IV-Deutsche werden

- Wie dreist die Klagen und Tricks mancher Hartz-IV-Bezieher sind

- Wie Hartz-IV-Empfänger in ihrer Traumvilla auf Teneriffa unter Palmen und ihren Autos leben. Usw.

BILD geht es nicht um Missbrauchsbekämpfung, BILD geht es darum, vom ärmlichen und erbärmlichen Schicksal von Millionen Alg-II-Empfängern und ihrer Familien abzulenken. Es soll der Eindruck vermittelt werden, als würden massenhaft Arbeitslosengeldbezieher einem Luxusleben fröhnen und diejenigen, die zu niedrigsten Löhnen arbeiten

müssen, verhöhnen.

Es ist das in der Massenpsychologie alt bekannte und oft eingesetzte zynische Spiel der Oberklasse, die Aggression der Masse statt gegen ihre Ausbeuter auf die in der sozialen Hierarchie noch weiter unten Stehenden zu lenken - es geht um das Anheizen des Klassenkampfes im Armenhaus.

Es ist ein gängiges Muster, in krisenhaften Zeiten, wo Abstiegsängste aufkommen, in denen sich politischer Unmut bei Menschen darüber anstauen könnte, dass sie die Verlierer sind, Kampagnen gegen Sozialhilfebetrug zu inszenieren - gegen "Sozialabzocker" (2003), wie etwa die Serien gegen "Florida-Rolf" oder "Karibik-Klaus" oder "Wer arbeitet, ist der Dumme!" oder "Wer arbeitet ist ein Idiot".

Das Ziel ist immer das Gleiche: Man versucht den Zorn der Verlierer auf diejenigen zu lenken, denen es noch schlechter geht, oder Hass auf Minderheiten zu richten, die sich nicht wehren können. Bei den Neonazis sind das die Ausländer, bei BILD die Hartz-IV-Abzocker.

Der gruppendifferenzierende Charakter ist schon im Grundmotiv der Hartz-Gesetze mit den Schlagworten "fördern und fordern" angelegt. Im Klartext: dass es nicht an der Wirtschaftspolitik und der dadurch herbeigeführten Lage auf dem Arbeitsmarkt liegt, wenn Entlassene keine Arbeit finden, sondern dass man nur ausreichend Druck auf Arbeitslose ausüben müsse, damit sie jenseits der "Zumutbarkeit" jede Arbeit zu jedem Preis anzunehmen bereit sind.

Die Schuldverlagerung für das Schicksal der Arbeitslosigkeit auf die Betroffenen wurde ja sogar regierungsamtlich betrieben, um damit vom Scheitern der Arbeitsmarktpolitik abzulenken, etwa wenn in einer offiziellen Broschüre des ehemaligen Wirtschaftsministers Clement in geradezu faschistoidem Vokabular - von "Parasiten" oder "Sozialschmarotzern" gesprochen wurde.

Kein Wunder also, dass BILD Clement als Kronzeugen zitieren kann: "Ich schätze, dass rund 20 Prozent der Menschen, die das Arbeitslosengeld II beziehen, nicht anspruchsberechtigt sind."

Alle seriösen Studien gelangten zwar zu dem Schluss, dass es sich bei dem beklagten Leistungsmissbrauch keineswegs um ein Massenphänomen handelt.

Mit der Übertreibung des unbestreitbar in Einzelfällen vorhandenen Missbrauchs von Sozialhilfeleistungen wird aber nur von der viel extensiveren (und teureren) Abzocke etwa durch Subventionschwindel, Beraterhonorare oder gar dem Massenphänomen des Steuerbetrugs (geschätzte Einnahmeverluste zwischen 30 bis 100 Milliarden) abgelenkt. Wo blieben denn da die Kampagnen von BILD?

Und wie es der "Zufall so will", wird mediengerecht über eine "Eine Studie der Technischen Universität Chemnitz" berichtet, in der es um die Höhe des Hartz-IV-Satzes geht: Derzeit erhalten Empfänger 351 Euro im Monat - aus Sicht der Forscher viel zu viel. Nach ihren Berechnungen müssten 132 bis maximal 278 Euro im Monat reichen.

BILD hat in dieser Abwertungs- und Beleidigungspropaganda sozusagen nur die Rolle des "Stürmers". BILD spaltet seit Jahren systematisch die Gesellschaft und schürt latent vorhandene Aggressionen gegen Minderheiten und Randgruppen – das ist Volksverhetzung.

"Dumm wie die Hühner und blutrünstig wie die Wölfe", so soll er sein der BILD-Leser. Nachzulesen in den Leserzuschriften. Zitat: User horsts wettert: "Es sind nicht nur die rund 350 Euro. Hinzu kommen bei Hartz-IV-ern die Rentenversicherung (40 Euro), die Kranken-Rund-um-Vorsorge, die Miete und immense Verwaltungskosten. Es wäre absolut zu rechtfertigen, jüngere Hartz-IV-ler in Sammelunterkünfte unterzubringen und gemeinschaftlich zu verpflegen. Eine Alternative dazu hat Jeder: Arbeiten gehen."

Es ist sicherlich mehr als ein Zufall, dass die BILD-Kampagne in eine Zeit fällt, in der u. a. eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze gefordert wird. Andererseits "warnt" das Forschungsinstitut der Arbeitsagentur davor, den Regelsatz anzuheben, weil das die öffentlichen Kassen jährlich zehn Milliarden Euro kosten würde.

Zu dieser Horrorzahl: Mit über 12 Milliarden musste der Steuerzahler für IKB, WestLB oder SachsenLB geradestehen. Um mindestens 5, eher 8 bis 10 Milliarden wurde allein durch die jüngste Unternehmenssteuerreform das Sachkapital entlastet.

Oder ein weiterer Vergleich: Finanzexperte Lorenz Jarass rechnete vor: Wäre die ohnehin extrem niedrige Steuerquote des Jahres 2000 beibehalten worden, die bereits damals die niedrigste in der EU war, dann hätten wir im Jahr 2001 30 Milliarden und im Jahr 2003 50 Milliarden mehr Steuereinnahmen gehabt, im Jahr 2004 60 Milliarden und

2005 wären es 66 Milliarden zusätzliche Einnahmen gewesen.

Wenn es um die Verbesserung der Gewinne einiger hunderttausend Aktienbesitzer geht, dann sind hohe zweistellige Milliardenbeträge kein Problem, eine leichte Verbesserung der Lebenssituation von Millionen von Armen wird jedoch für unbezahlbar erklärt.

Und um dagegen Stimmung zu machen, werden Hartz-IV-Bezieher als "Abzocker" dargestellt.

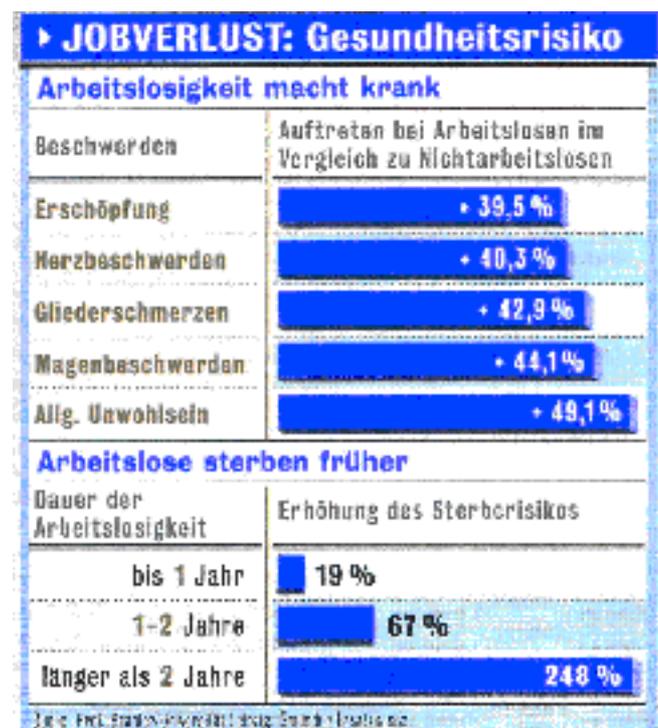
Gemeinsam gegen das Kapital!

Es geht im Kampf gegen das Kapital um unsere Lebenslage, um unsere Zukunft, um unsere Klasseninteressen.

Und das Kapital lässt nicht locker. Es greift unsere Löhne, unsere Arbeits- und Lebensbedingungen an, weil es sein einziges Ziel ist, Profite zu machen. Gerechtigkeit, Humanität und Achtung vor der Menschenwürde - all das gibt für das Kapital nicht. Es vertritt knallhart seine Klasseninteressen. Vertreten wir die unseren.

Angesichts der galoppierenden Inflation, die noch längst nicht zu Ende ist, brauchen wir Löhne, die zum Leben reichen. Angesichts der Hunger- und Dumpinglöhne in zahlreichen Branchen, der wachsenden Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse brauchen wir einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 10 Euro.

Hartz-IV muss weg!



Deutsche Truppen raus aus dem Ausland!



Die deutsche Armee ist heute in zahlreichen Ländern stationiert. Neben den in der Öffentlichkeit bekannten Einsätzen in Afghanistan und Kosova befinden sich deutsche Truppen im gesamten Mittelmeerraum, in Usbekistan, am Horn von Afrika, in Bosnien-Herzegowina, Georgien, Sudan, Eritrea, Äthiopien und vor der Küste des Libanon. Weitere Einsätze werden ins Gespräch gebracht - ein Beispiel ist Myanmar: Im Mai hat es nach der Hurrikan-Katastrophe in dem südostasiatischen Land international einen groß inszenierten Aufschrei gegeben, das dortige Regime solle ausländische "Hilfskräfte" ins Land lassen (die sich z.B. im Falle der USA angeblich auf Flugzeugträgern und Kriegsschiffen vor Myanmars Küsten befanden). Von der CSU bis zu Wolfgang Neskovic von der Linkspartei bestand Einigkeit darüber, dass auch deutsche Truppen notfalls gewaltsam in Myanmar einmarschieren sollten (Tagesspiegel v. 13.05.).

Auch im Falle des hoch gefährlichen Kampfes der Großmächte USA, Russland und EU in Georgien um die Kontrolle von Öl, Gas und Pipelines in dieser Region fordern deutsche Politiker den Einsatz der deutschen Armee als "Friedenstruppe". Politiker und Medien wollen uns weismachen, die deutsche Armee wäre weltweit im Einsatz für

"Freiheit und Demokratie", sie würde "die Sicherheit Deutschlands am Hindukusch" verteidigen (so der damalige Verteidigungsminister Struck im Jahr 2002), Terroristen jagen, "unentwickelte" Länder aufbauen und sich bei den Bevölkerungen der besetzten Gebiete großer Beliebtheit erfreuen. Glauben wir keine von diesen Lügen!

Nehmen wir nur Afghanistan: Dort hat Deutschland den Krieg der USA und weiterer Großmächte im Jahr 2001 unterstützt und sich ihm angeschlossen. Im Verlauf dieses Krieges wurden u.a. Streubomben geworfen und bis heute mehrere zehntausend Afghaninnen und Afghanen ermordet. Erst Ende August ermordeten Soldaten der deutschen Armee an einem Grenzübergang eine Frau und ihre zwei Kinder. Mit den anderen Großmächten, die am Krieg beteiligt sind, insbesondere den USA, hat Deutschland ein Regime von Warlords, Drogenbossen und korrupten Marionetten installiert, der frühere Ölkonzern-Berater Karzai an der Spitze. Diese Regierung hat kaum Rückhalt in der afghanischen Bevölkerung. Sie kann sich nur halten, weil unter anderem knapp 3500 deutsche Soldaten sie mit Waffengewalt vor der eigenen Bevölkerung schützen. Damit schützt die deutsche Armee den Zugang deutscher Konzerne zu den Öl- und Gasvorkommen der Region und sie sichert den Einfluss der Großmacht Deutschland im

Nahen und Mittleren Osten.

Der Bundestag will im Oktober beschließen, das Afghanistan-Mandat auf 4500 Soldaten zu erhöhen. Kriegsminister Jung kündigte im Juni an, der Einsatz der deutschen Armee sei noch "mindestens fünf bis zehn Jahre nötig". Wir fordern: Keine Verlängerung und Erhöhung des Afghanistan-Mandats! Sofortiger Abzug der deutschen Armee!

Nehmen wir nur Kosova: Um die damalige jugoslawische Provinz zu erobern, haben die NATO-Mächte unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands 1998 einen Krieg gegen Jugoslawien gestartet, dessen mörderischer Höhepunkt das 78-tägige Bombardement von Belgrad war.

Unter Ausnutzung des berechtigten Strebens der Bevölkerung Kosovas nach Selbstbestimmung wurde unter führender deutscher Beteiligung ein Kolonialsystem nach alter Schule errichtet. An der Spitze steht der niederländische Diplomat Feith, der im Auftrag der EU und der USA in Kosova Gesetze aufheben und Beamte entlassen kann und der ein Veto-Recht bei der Besetzung wichtiger Ämter hat. Das Land ist finanziell vollständig von der EU und den USA abhängig. Um diese Zustände zu sichern, stehen unter anderem 3000 Soldaten der deutschen Armee in Kosova.

Diese Soldaten sichern die größten Braunkohlevorkommen Europas, riesige Kupfer- und Nickelagerstätten, Gold und Chrom. Sie sichern außerdem einen strategischen Stützpunkt, von dem aus in Zukunft weitere Kriege in Südosteuropa, dem Mittleren Osten oder Nordafrika geführt werden können.

Bei den Auslandseinsätzen der deutschen Armee geht es nicht um humanitäre Anliegen. Es geht darum, den deutschen Konzernen und ihrem Staat durch strategisch wichtige Einflussgebiete und Absatzmärkte hohe Profite zu sichern. Kurzum: Es geht um imperialistische Interessen. Deutschland macht mit im Kampf der imperialistischen Mächte um die größten Einflussgebiete und ist daran interessiert, seine Konkurrenten in die Schranken zu weisen.

Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt - das ist nur ein Teil der Wahrheit: Deutschland ist eine imperialistische Großmacht, die selbst aktiv andere Länder ausplündert und aggressiv Kriege anzettelt - koste es so viele Menschenleben, wie es wolle.

Und die Terroristen?

Besonders heimtückisch wird die Berichterstattung in den Medien, wenn es um den bewaffneten Kampf der Völker gegen die Besatzungsmächte geht. Da wird so getan, als rette die deutsche Armee die von ihr besetzten Gebiete vor "Terroristen".

Dabei sind es gerade Deutschland, die USA und ihre Verbündeten, die die Völker nicht retten, sondern ins Verderben stürzen. Sie sind es, die Afghanistan und Jugoslawien bombardiert und Zehntausende umgebracht haben, die in anderen Ländern - vor allem in Afrika - bewaffnete Banden und Paramilitärs zu gegenseitigen Pogromen aufhetzen; die dann selbst in diese Länder einmarschieren und sich als "Schutzmacht" aufspielen, siehe z.B. Kongo.

Auf der anderen Seite steht der Kampf der Völker, die ohne Einmischung von außen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen wollen, gegen die Besatzungsmächte, der von Demonstrationen, Streiks bis zum bewaffneten Aufstand reicht. Er richtet sich gegen die Ausplünderung dieser Länder, gegen das Morden der imperialistischen Mächte und ist daher ein gerechter Kampf, der von uns unterstützt werden muss, was nicht bedeutet, dass wir alle Organisationen unterstützen, die dabei mitmachen.

Was geht uns das an?

Dieselben Konzerne, die für ihre Profite das Elend und den Tod der Menschen in Afghanistan, Georgien, Kosova und vielen anderen Ländern in Kauf nehmen; dieselben Konzerne sind es, die auch die werktätige Bevölkerung hier tagtäglich ausbeuten. Denn immer wieder werden unsere Löhne gesenkt, gibt es Arbeitszeitverlängerungen, Massenentlassungen und Renten-Nullrunden, werden Hartz-Gesetze verschärft, die Mehrwertsteuer und andere indirekte Steuern erhöht, wird bei Gesundheit und Bildung gekürzt, usw.

Wir stellen die internationale Solidarität gegen die Raubzüge der Kapitalisten. Wir haben eine besondere Verpflichtung gegenüber den Völkern, die vom deutschen Imperialismus ausgebeutet und ausgeplündert werden.

Es ist daher unsere Aufgabe, auf die Straße zu gehen und dafür zu kämpfen, dass die Forderung nach dem Abzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland Wirklichkeit wird!

Zum Antikriegstag 2008

US-Atomwaffen raus aus Büchel!

Atomwaffen raus aus Europa!

Die KPD/ML (Region Rheinland) ruft zum Antikriegstag 2008 auf, dazu, gegen die US-Atombomben in Büchel (Eifel) zu demonstrieren. Gerade diejenigen lagern hier Atombomben, die sie bisher als einzige eingesetzt haben. Die Auslöschung von Hiroshima und Nagasaki war das größte Kriegsverbrechen der Kriegsgeschichte und dafür gab es nie einen Internationalen Gerichtshof. Doch nicht genug damit. In den folgenden Jahrzehnten wurden noch perversere Waffen entwickelt wie Wasserstoff-, Neutronenbomben, Mini-Nukes (Mini-Atombomben) und uranhaltige Geschosse, die weite Teile des Kosova und des Iraks verseucht haben.

In den führenden Kreisen der USA wurde ernsthaft über einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion, die Volksrepublik China und die Islamische Republik Iran diskutiert.

Auch 2008 setzt sich dieser Irrsinn fort mit der US-Raketen-Stationierung in Polen und Tschechien gegen Russland und dem wahnwitzigen Abenteuer von Saakaschwili/Bush in Georgien/Südossetien.

Wir protestieren hier auch gegen die Politik der Bundesrepublik Deutschland, die hier immer noch die Besatzer auf deutschem Boden duldet und als kleiner Bruder die NATO-Aggressionen z. B. in Afghanistan mitträgt. Was hat in der neuesten Krise die deutsche Fregatte "Lübeck" im Schwarzen Meer zu suchen? Zum drittenmal nach 1914/1918 und 1939/1945 ist die deutsche Armee im Schwarzmeer-Gebiet. Wer versuchte Süd-Ossetien auszulöschen? Eben der NATO-Anwärter Georgien.

Deshalb raus mit der NATO aus dem Schwarzen Meer! Raus mit der Bundeswehr aus dem Ausland! Wir wissen, dass die breite Bevölkerung Atomwaffen und Krieg ablehnt. Aber es wird immer Kriege geben, solange die profitgierige Kapitalistenklasse an der Macht sitzt, es eine Klassengesellschaft gibt. Die Arbeiter, Bauern, Handwerker und alle arbeitenden Menschen wollen keinen Krieg. Aber die Eigentumsfrage verhindert die Demokratie. In die Kriege treiben uns die, die Fabriken, Banken, die Medien usw. besitzen. Erst wenn wir gegenüber dieser Diktatur der Minderheit die Macht- und Eigentumsfrage stellen, können wir ein friedliebendes, sozialistisches Deutschland erkämpfen.

Raus aus der NATO!

Erfolgreiche Demonstration gegen die US-Atomwaffen im Büchel

(Bericht der KPD-ML)



Am Samstag, dem 30. August, vor dem Antikriegstag machten sich ca. 2000 Menschen, mehr als in den letzten Jahren, auf den Weg, um gegen die auf dem Stütz-

punkt Büchel in der Eifel lagernden Atombomben zu demonstrieren. Auf der Anfangskundgebung am Ortsende traten vor allem Sänger, Musiker und Kabarettisten aus der Region auf. Besonders beeindruckend war die Rede eines jungen US-Deserteurs aus dem Irak, der schilderte, wie er aus Armut in die Armee geraten ist, um später einen besseren Schulabschluss bekommen zu können und welche Brutalität er im Irak von Seiten seiner Armee erlebt hatte. Er sagte, auch bei den GIs gäbe es gute und schlechte Menschen. Seine Aufgabe sei es, noch mehr Überzeugungsarbeit unter den US-Soldaten zu leisten und es seien in Deutschland sprunghaft mehr geworden, die den Dienst quittierten.

Nach der Kundgebung ging es mehrere Kilometer entlang der Kaserne zum Haupttor. Wir wurden begleitet von hunderten bewaffneter Polizisten. Auch entlang des Stacheldrahtzauns stand ein Polizist neben dem anderen. Trotzdem gelang es über 20 Aktivisten, zum Großteil aus Belgien, über den Zaun auf das Kasernengelände zu kommen. Sie wurden verhaftet ebenso wie andere, die Flugblätter an die Soldaten verteilten.

Für die Abschlusskundgebung stellte ein Bauer seine Wiese zur Verfügung. Interessant war vor allem die Rede der Schauspielerin Nina Hagen, die über die Inhaftierung und Schikanierung des israelischen Atomphysikers Mordechai Vanunu berichtete, der das israelische Atomprogramm der Öffentlichkeit preisgab. An einem Nebenplatz gab es gute Stimmung, als der Kölner Klaus der Geiger temperamentvoll aufspielte. Gedankt sei auch den lokalen Helfern, die kostenlos oder gegen eine Spende eine leckere Suppe verteilten. Wir, die Genossen der KPD/ML werden auch nächstes Jahr wieder hingehen, bis die perversen Waffen abgezogen sind.

Wir verurteilen die “Schand-Direktive” der EU gegen Immigranten!

Die vom Parlament der Europäischen Union am 18. Juni angenommene Direktive zeigt klar den imperialistischen und repressiven Charakter dieser Europäischen Union, eines Champions des Neoliberalismus und der gegen das Volk gerichteten Maßnahmen.

Diese Direktive, welche die Einkerberung von 6 bis 18 Monate jedes “illegalen”, anders gesagt, jedes Immigranten “ohne Papiere”, zulässt, läuft allen internationalen Vereinbarungen über die Menschenrechte zuwider; es handelt sich um eine rassistische, fremdenfeindliche Maßnahme der Diskriminierung, die gegen die Völker, insbesondere die Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, gerichtet ist.

Das heißt, dass den europäischen Regierungen vom Schlage Berlusconi, Merkels, Sarkozys, Zapateros usw. völlig das Geschichtsbewusstsein fehlt. Sie vergessen, dass die Europäer auf barbarische Weise den amerikanischen Kontinent, Indien, einen großen Teil Asiens kolonisiert haben und dass in der Folgezeit, das ganze 18., 19. und 20. Jahrhundert hindurch, Millionen von Spaniern, Italienern, Deutschen, Engländern, Franzosen, Schweden, Portugiesen, kurz, Menschen die aus allen europäischen Ländern stammten, gezwungen waren, auf der Suche nach einem besseren Leben, nach Arbeit, nach einer Sicherheit, die ihnen die lokalen und Bürgerkriege (nicht zu vergessen der spanische Bürgerkrieg von 1936 bis 1939) in ihren eigenen Ländern nicht boten, nach Amerika auszuwandern.

Überall wurden sie aufgenommen und akzeptiert. Ihre Integration in diese Länder ist eine unleugbare Tatsache. Heute verweigert Europa den amerikanischen Völkern, was diese den europäischen Immigranten großzügig gewährten.

Die Völker Afrikas wurden ausgeraubt und massakriert; ihre nationalen Ökonomien wurden zerstört und sie wurden von der europäischen Kapitalisten (Großbritannien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Portugal, Spanien) in die Sklaverei geführt, und jetzt, nachdem man sie in das Elend und die Hungersnot trieb, hindert man sie daran, in Europa zu arbeiten. Die Immigranten riskieren ihr Leben in brüchigen Fähren und seeuntüchtigen Booten, um das Mittelmeer, die Meerenge von Gibraltar oder den Atlantik zu überqueren.

Immer noch verfolgen der Neokolonialismus und die Infiltrierung der militärisch und wirtschaftlich

Mächtigen die Ausplünderung und Verarmung des afrikanischen Kontinents. Sie halten reaktionäre, blutrünstige Führer an der Macht und unterstützen sie gegen ihre Völker, wie es der Fall ist bei Ben Ali, dem Autokrat von Tunesien und dem marokkanischen Satrapen, der sein eigenes Volk und das Volk der Saharouis unterdrückt usw...

1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet, in der es (in Artikel 13) heißt: “jede Person hat das Recht, sich frei zu bewegen und seinen Wohnsitz auf dem Gebiet eines Staates zu wählen”. Die Migranten, angesichts ihrer Lage als Personen ohne Schutz, müssen sich auf das in diesem Artikel festgeschriebene Recht berufen können. Oder sind die Menschenrechte nur auf die reichen Länder, für die Kolonialisten und Imperialisten anzuwenden?

Evo Morales, der Präsident von Bolivien, schrieb einen mutigen und erschütternden Brief, sobald er von dieser infamen Direktive der EU erfahren hatte. Der Brief wurde rasch von einer großen Zahl von wichtigen Persönlichkeiten Lateinamerikas wie Corréa, Chavez u.a. unterstützt. Evo Morales stellt mit Nachdruck fest: “Die Migranten sind nicht verantwortlich für die Probleme des sozialen Zusammenhalts, die Europa heimsuchen; diese sind die Folge des Entwicklungsmodells, das der Norden eingeführt hat, das den Planeten zerstört und die menschlichen Gesellschaften entvölkert.”

Wir fordern von der Europäischen Union, dass sie eine Politik ausarbeitet, welche die Immigranten und ihre Rechte respektiert ohne Stigmatisierung und Aussonderung, auch wenn wir an ihrer Kapazität, dies zu tun, angesichts ihrer kapitalistischen Interessen und ihrer neoliberalen Natur stark zweifeln. Und, wie es der Präsident Morales sagt, es ist an der Zeit, dass die europäischen Regierungen “dieses Mal die immense historische, ökonomische und ökologische Schuld, welche die Länder Europas gegenüber einem großen Teil der Dritten Welt haben” wieder gut machen. “Ihr könnt heute mit Eurer “Integrationspolitik” nicht dieselben Fehler machen, so wie Ihr mit Eurer so genannten “zivilisatorischen Mission” in der Zeit des Kolonialismus gescheitert seid.”

Die Arbeiter Europas und der ganzen Welt müssen sich vereinen, um dieser kriminellen und diskriminierenden Politik der Europäischen Union ein Ende

zu bereiten, einer Politik, die ein genaues Abbild der vom nordamerikanischen Imperialismus und den anderen imperialistischen Mächten überall auf der Welt angewandten Politik ist. Die Parole, die dieser Tage die französischen Arbeiter in den Straßen von Paris zusammen mit ihren immigrierten Brüdern rufen, muss kraftvoll in allen Ländern, in denen Arbeiter aus anderen Ländern oder Kontinenten leben, widerhallen. Denn es ist eine Parole der Solidarität, der Brüderlichkeit, der Revolte gegen die Ausbeutungsstrategien des Kapitalismus: Sie arbeiten hier, sie leben hier, sie bleiben hier!

Im Juni 2008

Unterzeichner:

Lateinamerika:

Gruppe Avanzar Argentinien
 Revolutionäre Kommunistische Partei Brasiliens (PCR)
 Kommunistische Partei Chiles (PC-AP)
 Kommunistische Partei der Arbeit Dominikanische Republik (PCT)
 Kommunistische Partei Marxisten-Leninisten Ecuadors (PCMLE)
 Kommunistische Partei Kolumbiens/ Marxisten-Leninisten (PCC/ML)
 Kommunistische Partei Mexikos (Marxisten-Leninisten)
 Kommunistische marxistisch-leninistische Partei Venezuelas
 Kommunistische Strömung Gustav Machado Venezuela (CCGM)

Europa:

Kommunistische Arbeiterpartei Dänemarks (APK)
 Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands
 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD, Roter Morgen)
 Kommunistische Partei Deutschlands Marxisten-Leninisten - Roter Stern (KPD/ML)
 Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
 Sozialistische Linke Hamburg, Deutschland (SoL HH)
 Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF)
 Gruppe Che Guevara (Frankreich)
 Vereinigung der Kommunistischen Zirkel: Zirkel Henri Barbusse, Kommunistische Koordination 59/62, Kommunistischer Zirkel Elsaß, Kommunistischer Zirkel Region Paris
 Revolutionäre kommunistische Vereinigung Frankreichs
 Edition Demokrit
 Bewegung für die Reorganisierung der Kommunistischen Partei Griechenlands 1918-55
 Kommunistische Plattform Italiens
 Redaktion von "Land und Befreiung", Sizilien, Italien
 Orion, marxistische Organisation der Arbeiter (Lettland)

Marxistisch-leninistische Organisation Revolution Norwegen
 Kommunistische Plattform (ML) Norwegen
 Proletarskaya Gazeta (Russland, Petrograd)
 "Verteidigung der Arbeit", Vereinigung der Gewerkschaften der Arbeiter Russlands
 "Rote Kommune", Organisation der Jungarbeiter (Kharkov, Russland)
 Die Kommunisten, Genf, Schweiz
 Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (PCE-ML)
 Kommunistische Jugend Spaniens (Marxisten-Leninisten)
 Proletarische Gewerkschaft Spaniens
 Plattform der Bürger für die spanische Republik
 Verlag Oktober 17, Spanien
 Republikanische Vereinigung von Coslada Spanien
 Solidarität für Entwicklung und Frieden - Sodepaz Spanien
 Bewegung für die Einheit der republikanischen Völker - MUP - Arévalo, Spanien
 Republikanisches Kollektiv "Antoine Machado", Ségovia, Spanien
 Republikanische Vereinigung "Gabriel Celaya", Elche, Spanien
 Bürger für die Republik, Katalonien, Spanien
 Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP)

Afrika:

Kommunistische Partei Benin (PCB)
 Kulturelles Komitee für Demokratie in Bénin - CCDB
 Revolutionäre Kommunistische Partei der Elfenbeinküste
 Demokratische Front der Komoren
 Kollektiv von Vereinen und Freunden der Komoren
 Sanfin - Mali
 Kollektiv der Aktivisten aus Marokko, der Immigranten der Aktion und des Kampfes
 Revolutionäre Kommunistische Partei Obervoltas
 Fernent - Bewegung der panafrikanischen Arbeiter - Senegal - Frenent/MTP-S
 Vereinigung der afrikanischen Arbeiter, Senegal - RTA-S
 Kommunistische Arbeiterpartei Tunesiens
 Demokratische Arbeiterpartei Tunesiens

Asien und Naher Osten:

Revolutionäre Demokratie Indien
 Neue Gewerkschaftsinitiative Indien
 Partei der Arbeit Iran (PTI Toufan)
 Sozialistische Partei Malaysia (PSM)
 Arbeiterfront von Pakistan (Pakistan Mazdur Mahaaz)
 Kommunistische Partei Pakistans Madoor Kissan Partei

Internationale Konferenz der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen - IKMLPO

Giordano hat Eine Frau in Duria als "menschlichen Paganin" bezeichnet.



Das Bild oben ist von G.D. und es ist "Versteckt" für Giordano Faschist, und für Mansur Helmat und recht versteckt.

Arbeiterkommunistischen Partei Iran, und CIA entwickelte Doktrin

Antisemitismus, politische Islam?



Antisemitismus – das ist moderner Antisemitismus! - Stoppt die pseudolinke Hetze von Ralph Giordano und der sogenannten Arbeiterkommunistischen Partei! Boykottiert die Anti-Islam-Veranstaltung am 31. Mai in Köln!

Nach dem Zusammenbruch des „Ostblocks“ richtet sich der Haß des Imperialismus unter Führung der USA gegen den Islam.

Die islamische Region in der Welt ist einerseits im Besitz großer Öl- und Gasvorräte und andererseits ein Hindernis für die amerikanisierte Kultur des globalen Neo-Liberalismus. In Deutschland gibt es ein breites proimperialistisches Bündnis, das von den Neo-Nazis von Pro Köln und Pro Deutschland über die Antideutschen bis zu dem Antikommunisten und Anhänger des israelischen Folterstaats Ralph Giordano und der US-hörigen, Besitzerfreundlichen sogenannten Arbeiterkommunistischen Parteien der Iran und Iraks reicht.

Es stimmt, daß der Islam radikalisiert worden ist. Aber warum?

Über 1000 Jahre lang war der Islam toleranter als das Christentum des Abendlandes.

Während im Mittelalter Europa in Unwissenheit und Barbarei versank, rettete der Islam die antike Kultur und Philosophie Griechenlands und Roms vor dem endgültigen Vergessen.

Über hunderte von Jahren flüchteten die Juden vor den Pogromen aus Europa in den islamischen Machtbereich. Im Osmanischen Reich gab es sogar viele christliche Minister und Generäle wie z. B. den polnischen, katholischen General Bem. Viele Demokraten und Republikaner flüchteten nach dem Sieg der monarchistischen Reaktion 1848 in das Osmanische Reich, wo sie sicher waren vor dem Auslieferungsbegehren des Zaren, des österreichischen Kaisers usw.

Der Haß der Moslems gegen den Westen wuchs erst nach dem Entstehen des zionistischen Siedlerstaats mit seinen jahrzehntelangen ethnischen Säuberungen, Kriegen und Folterungen und nach der ständigen Demütigung der panarabischen Bewegung durch den US-Imperialismus und seiner europäischen Verbündeten.

Es gibt keinen Krieg der Kulturen oder Religionen, sondern der Klassenkampf und der antiimperialistische Kampf wird unter der Fahne der Religion ausgetragen – wie schon so oft in der Geschichte.

Die antiimperialistische Bewegung von Afghanistan über den Irak, Somalia, Palästina und dem Libanon definiert sich als islamisch, während der Imperialismus sich mit Bibeln und Bomben sich heuchlerisch als evangelikal und als Vertreter der Menschenrechte bezeichnet.

Religion ist ein Widerspruch im Volk und ein Opium für das Volk. Warum braucht aber ein Volk solch ein Opium? Weil es im Elend lebt und der „Marxismus“ in diesen Ländern bürgerlich war.

Die Religion und auch der Islam werden verschwinden, wenn die Völker sich befreien, das Schicksal in die eigene Hand nehmen und den Sozialismus und Kommunismus aufbauen. Vorher aber müssen das amerikanische Reich, der Zionismus, der deutsche Imperialismus zerschlagen und solche lumpige Lakaunen wie Ralph Giordano und die „Arbeiterkommunistische Partei“ entlarvt werden.

Solidarität mit dem libanesischen und dem palästinensischen Volk einschließlich von Hisbollah und Hamas!

Solidarität mit dem Widerstand im Irak und Afghanistan!

Wer ein Volk unterdrückt, kann selbst nicht frei sein.

Selbstbestimmung, Klassenkampf und Sozialismus!

Herausgeber:
ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)
Redaktion und Vertrieb:
Postfach 35 11 02
39034 Magdeburg
www.kpd-ml.net
kpd-ml@arcor.de

Verhindert die Anti-Islam-Konferenz von ‘Pro-Köln’!

Am Wochenende 19.-21. September 2008 plant ‘Pro-Köln’ eine Großveranstaltung der aggressivsten, vom System des Imperialismus abhängigen Variante des westeuropäischen Rechtsradikalismus wie Vlaams Belang, Front National aus Frankreich, FPÖ, Lega Nord usw. Der Chef-Theoretiker dieser neuen rechtsradikalen Strömung ist der französische Theoretiker der Neuen Rechten Guillaume Faye. In seinem Buch: ‘Wofür wir kämpfen. Manifest des europäischen Widerstandes. Das metapolitische Hand- und Wörterbuch der kulturellen Revolution zur Neugeburt Europas.’ tritt er für Amerikanismus und entfesselten Neo-Liberalismus ein: ‘Das Problem unserer Gesellschaft ist somit nicht ein Zuviel an Liberalismus, sondern ein Zuviel an Sozialismus..(S.40). Das derzeitige französische System rückt Faye in die Nähe des Kommunismus. (S. 40)

Ein weiteres Zitat von Faye: ‘Dabei ist die Behauptung von Rechts- und Linkstheoretikern, die weder Wirtschaftskenntnisse noch Erfahrung in der Arbeitswelt haben, der Liberalismus sei der Hauptfeind und wir lebten in einem System des wüsten Ultraliberalismus, grundfalsch. Es handelt sich hier um eine Übernahme linker Analysen, die die Wirklichkeit völlig verkennen.’

Faye gehört wohl zu denjenigen Rechten, die hinter einem jeden Busfahrer einen Kommunisten vermuten. Ihm geht es darum, die Marktwirtschaft im eurosibirischen Großraum erst richtig zu entfesseln, aber den Freihandel nach außen einzuschränken (S.39)

Deshalb bekämpft er nicht den ‘guten’ europäischen Kapitalismus, sondern die ‘bösen’ Islamisten, in denen er den Hauptfeind erblickt (S.45). Daß die neoliberale US-Wirtschaft Faye als Vorbild für eine ‘organische Wirtschaft’ gilt (S.211) darf einem dann schon nicht verwundern.

Das Faß zum Überlaufen brachte Faye mit seinem bisher in französischer Sprache vorliegenden Buch ‘La nouvelle question juive’, in dem er plötzlich Gemeinsamkeiten zwischen jüdischem und griechisch antikem Geist festzustellen glaubt (ebenda S.35), in dem er gegen den Iran hetzt.

In Harmonie mit Faye, dem ‘Antiterrorkampf’

von USA und NATO hat der pro-kapitalistische Rechtsradikalismus seine Liebe zu den USA und Israel entdeckt.

Der italienische Faschistenführer Fini durfte als Außenminister schon mal Israel besuchen. Haider biederte sich bei diesen Kreisen an, als der vor Jahren den Zionisten Peter Sichrovsky zum Generalsekretär der FPÖ machte. Auch der Vlaams Belang ist diesen Weg gegangen.

Aber selbst in den deutschen Kreisliga hat man sich den Zionisten angenähert. Pro Köln beispielsweise bietet schon mal Ralph Giordano ein Bündnis im Kampf gegen den Islam an. Giordano behauptet nämlich, dass Moslems kein Grundrecht auf Religionsfreiheit und Moscheebau hätten.

Es ist ein Hirngespinnst der rechten Propaganda, dass Deutschland islamisiert wird, nur wegen ein paar Moscheen. Die Amerikanisierung Deutschlands ist hundertfach mehr fortgeschritten als die ‘Islamisierung’.

Der Antiislamismus ist der neue Antisemitismus. Mit dem Antiislamismus soll der Boden bereitet werden für den Krieg gegen den Iran und für die Zerschlagung des Widerstandskampfes der islamischen Völker von Palästina, Irak, Afghanistan, Nord- und Ostafrika. Die geopolitisch für die Weltherrschaft des Imperialismus wichtigen Regionen sollen niedergeworfen werden und ihre Bodenschätze wie Öl und Gas brutal ausgeplündert werden.

Pro Köln, FPÖ und das ganze chauvinistische Gesindel, das sich hier in Köln versammeln will ist trotz ihrer Demagogie kein bisschen national, sondern genauso antinational und kosmopolitisch wie der Abschaum der antideutschen ‘Antifas’. Beide, die einen rechtsaußen und die anderen angeblich linksaußen, dienen nur der kapitalistischen Profitlogik der nationalen und multinationalen Konzerne und ihres staatlichen und militärischen Überbaus von EU und NATO.

**Pro Köln ist Anti-Köln!
Keinen Raum für dieses Pack im
Rheinland und anderswo!**

Aus "Arbeit und Zukunft", Mai 2008 (<http://www.arbeit.zukunft.de>)

Zur Diskussion gestellt:

Zur Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft

Immer wieder steht in der revolutionären und kommunistischen Linken, in der "ML-Bewegung" und ihr nahe stehenden Gruppierungen die Frage auf der Tagesordnung: "Wie arbeiten die Genossinnen und Genossen in Betrieben und Gewerkschaften, nach welchen Grundsätzen sollen wir diese Arbeit ausrichten?"

Wie steht's in der Praxis um die Frage?

Viele in revolutionären Zirkeln organisierten Genoss/innen haben keinen Draht zur Arbeit in der Wirklichkeit und den Konflikten kapitalistischer Unternehmen und Betrieben. Daneben gibt es auch - leider viel zu wenige - Genossinnen und Genossen, Sympathisant/innen und klassenkämpferisch eingestellte Kolleg/innen, die aktiv in den Betrieben sowie in den Gewerkschaften - in den DGB-Gewerkschaften - arbeiten.

Eskommt auch vor, und das ist sehr, sehr wichtig, dass aus Kreisen der gewerkschaftlich aktiven Kolleg/innen Menschen zu uns, zu den zahllosen revolutionären Zirkeln und Kräften stoßen, Menschen, die bereits aktiv und erfahren sind, die in Vertrauensleutekörpern oder Betriebsräten arbeiten, die die Schärfe und Grundsätzlichkeit der innerkapitalistischen Widersprüche, die Perspektivlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft erkennen und sich dem organisierten Kampf gegen den Kapitalismus anschließen wollen.

Aber anstatt dass Revolutionäre und Kommunisten alles daran setzen, diesen mühsamen Kampf einiger weniger Genossen und Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft systematisch auszubauen und zu unterstützen - wozu auch die kritische Auseinandersetzung gehört! - wird die Arbeit in den Gewerkschaften entweder nur mit ganz "spitzen Fingern" angefasst bzw. mehr oder weniger offen abgelehnt. Begründung: Die Gewerkschaftsführung sei reaktionär und verräterisch, sie sei mit dem Kapital, der Regierung, dem Staatsapparat verbunden. Der von ihnen beherrschte Gewerkschaftsapparat sei ebenso reaktionär, ein Organ zu Steuerung und Entwaffnung der Arbeiterklasse. Er sei im Übrigen grundsätzlich nicht zu erobern, sich auf die Arbeit in Gremien des Apparats zu verlegen deshalb falsch. Somit seien die Gewerkschaften reaktionär.

An der Basis der Gewerkschaften mitzuarbeiten, sei richtig, aber nur um die Mitglieder dem Gewerkschaftsapparat zu entziehen. Wenn möglich sollten eigene, revolutionäre Verbände aufgebaut werden, spätestens bei einer potenziell revolutionären Zuspitzung des Klassenkampfes sei das aber unerlässlich, und darauf müssten wir uns ausrichten. Verwiesen wird dabei manch-

mal auch auf die Versuche, in den Siebzigern des letzten Jahrhunderts in Deutschland eine "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (RGO) aufzubauen.

Unsere Organisation kann sich mit solchen und ähnlichen Standpunkten nicht einverstanden erklären. Sie hat sich für zwei eng verbundene Zielrichtungen entschieden:

sich "auf die Arbeiterklasse zu orientieren und auszurichten" und

sich "in der Arbeiterklasse zu verankern."

Unsere Grundsatzklärung legt fest: "Dies erfordert eine kommunistische Partei, die mit ihrer wissenschaftlich-theoretischen Grundlage des Marxismus-Leninismus fest in der Klasse verankert ist, zu ihr feste Beziehungen unterhält, zugleich aber kühn und entschlossen in die gesamte Gesellschaft hineinwirkt.." (Erklärung der Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands S.17)

Der komplexe Inhalt der politischen Ausrichtung auf die Arbeiter/innenklasse wird von vielen Linken nicht in seiner ganzen Tragweite erkannt. Dieses Problem berührt die gesamte Strategie revolutionär-kommunistischer Arbeit in dieser Gesellschaft. Es geht darum, die Stellung der Kommunistischen Partei in der Gesellschaft richtig zu bestimmen. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, dass es unerlässlich ist, dazu in den Gewerkschaften zu arbeiten, diesen zwar reaktionär geführten, aber breiten Massenorganisationen im echten Sinne, die sich für Interessen der Arbeiterklasse einsetzen.

Sich in der Arbeiterklasse verankern heißt, dass wir, die wir uns die Aufgabe stellen, wieder eine Partei dieser Klasse zu schaffen, feste Beziehungen in diese Klasse aufbauen, damit wir überhaupt im Wortsinne wissen, wovon wir reden. Wie kann das gehen ohne die Arbeit in den vorhandenen Gewerkschaften, der einzigen Kraft die - wie schlecht auch immer! - Streiks, elementare Klassenauseinandersetzungen um Löhne, Arbeitsbedingungen oder Arbeitszeit führt? Diese Verankerung muss unverzüglich angepackt werden, unabhängig davon, ob wir schon alle programmatischen und strategischen Fragen geklärt haben. Wir müssen bei, unter, zwischen den Angehörigen der Arbeiterklasse sein.

Es geht hier um unerlässliche operative Fähigkeiten der Kommunisten und Revolutionäre, die wir einfach entwickeln und ausbilden müssen, um uns in der Klasse zu bewegen. Es geht um Handwerkszeug, Kenntnisse und Erfahrungen. Es geht um die Fähigkeit, agitierend, or-

ganisierend und kämpfend tätig zu sein. Wir müssen lernen, ebenso "den Kampf um das Teewasser" zu führen, wie auch den Kampf um

den Arbeitsplatz,
die Arbeitszeit,
die Maidemo,
die internationale Solidarität

in die Hand zu nehmen. Dieses sind für uns keine Schlagwörter, sondern reale Aufgaben.

Deshalb ist es unerlässlich, dass alle Kommunist/innen Gewerkschafter/innen werden.

Klassenkämpferische Kräfte – unsere Basis!

Die Alltagspraxis in Betrieb und Gewerkschaft ist hartes Brot! Sie stellt uns vor absolut reale Aufgaben, denen wir nur um den Preis des Kneifens ausweichen können.

Wer von seinen Kollegen auf ein Problem angesprochen wird, ist eben kein kommunistischer Kämpfer, wenn er achselzuckend zur Tagesordnung übergeht und nix macht. Das wäre eine übliche, vom ganz realen, allgegenwärtigen Einfluss bürgerlicher Einstellungen geprägte Haltung. Er sollte sich vielmehr dadurch auszeichnen, dass er mit seinen Kolleg/innen zusammen das Problem angeht, das er es mit ihnen kritisch diskutiert und sich aktiv für die Lösung einsetzt.

Wenn dem gegenüber von bestimmten Genossen geäußert wird, dass die Genossen im Betrieb "vom Kapital ständig mit Dingen beschäftigt werden, die nicht wirklich wichtig seien", dann zeigt dies nicht nur eine erschreckende Ahnungslosigkeit, einen schlimmen Mangel an Sensibilität gegen über der Lage der Arbeiter/innen und Angestellten in einem Betrieb. Sie wissen offenbar nicht, dass wir unseren Kolleg/innen rechenschaftspflichtig sind und von ihnen mit tausend Problemen konfrontiert werden, mit dem "ganzen Programm", das das Kapital üblicherweise für die Lohnabhängigen parat hält: von Schikanen und "Mobbing" über Leistungsverdichtung, Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung bis hin zu massiver Erpressung per Entlassungsdrohungen und Massenentlassungen. Natürlich ist die Ursache solcher "Beschäftigung" das Kapital, aber das sind keine "unwichtigen Dinge"! So zeigt sich im Betrieb der Kapitalismus, auf dessen Bekämpfung wir uns eingelassen haben. Unseren heutigen Stützpunkt in diesen Kämpfen bilden logischerweise die "klassenkämpferischen Kolleg/innen". Das bedeutet:

Wir stoßen in den Betrieben auf den ganz realen Klassenkampf, er ist dort allgegenwärtig. Oft wird eingewandt, dass erst der Kampf der gesamten Klasse (landesweit, gesellschaftsweit) als Klassenkampf bezeichnet werden könne. Mit anderen Worten: Das, was heute abgehe, verdiene die Bezeichnung Klassenkampf gar nicht. Wir halten dies für eine Einseitigkeit und eine schematische Verkürzung. "...Wenn es sich um

keinen bewussten Klassenkampf der ausgebeuteten und unterdrückten Menschen handelt, so handelt es sich heute in jedem Fall um einen aktiven Klassenkampf der herrschenden Klassen der Kapitalisten." ("Die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland", Erklärung der Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Dezember 2006, S.5)

Vom realen Gang des kapitalistischen Alltags zwangsweise in das Gemenge zwischen den Klassen geworfen, reagiert die Masse Kolleg/innen ganz unterschiedlich. Nicht wenige reagieren - im Gegensatz zu vielen anderen - "klassenkämpferisch". Es sind die, die - beileibe keine Kommunisten - mehr oder weniger bewusst, reflexartig oder überlegt, für einen Kampf gegen die Maßnahmen der Unternehmer eintreten, die in der Gewerkschaft wie im Betrieb für Kampf eintreten, die nicht (immer gleich) Kompromisse suchen. Sie sind bereit, mal ein Flugblatt zu machen oder zu verteilen. Oder sie fordern von den Gewerkschaften den Kampf, den vollen Einsatz für die Kolleg/innen. Sie sind nicht zwangsläufig in der Gewerkschaft, aber stets einem wirklichen gewerkschaftlichen Kampf verbunden. Diese Gruppe gibt es real. Von ihr werden wir gefordert, im Kampf gegen das Kapital!

Wir haben hier mindestens eine dreifache Aufgabe:

Den Kampf zusammen mit diesen Kolleg/innen zu gestalten! Selbstverständlich versuchen wir, sie zu organisieren, in der Gewerkschaft, als Vertrauensleute, in Betriebsgruppen.

Diesen Kampf müssen wir auf immer weitere, nicht so kämpferische Teile der Arbeiter- und Angestelltenmassen ausweiten. Auch unter diesen Kolleg/innen sind viele in den Gewerkschaften organisiert. Hier finden wir eben alle Ansichten, Parteistandpunkte und Weltanschauungen. Selbstverständlich haben die reaktionären Gewerkschaftsführungen auch ihre Basis in der Mitgliedschaft.

Uns aber geht es um die weitreichende Einheit der Arbeitenden im Klassenkampf. Wie wollen keine Spaltung zwischen den "klassenkämpferischen" Kollegen und denen, die dies noch nicht so sehen.

Wir verallgemeinern in möglichst wissenschaftlicher Weise die in diesen Auseinandersetzungen gesammelten Erfahrungen und stellen diese theoretischen Erkenntnisse der Verbesserung des Kampfes zur Verfügung! Wir kennen von Marx die Kategorien der Arbeiterklasse und des Kapitals, des Klassenkampfes, und wir nutzen sie zur Untersuchung der Realität.

In der Gewerkschaft oder nicht - das ist keine taktische Frage!

Wir haben versucht, hier einen Abriss der komplexen Lage in den Betrieben zu geben, wie sie sich aus unserer Sicht und Erfahrung darstellt. Wer sich auf die Arbeiterklasse politisch ausrichten und in ihr verankern

will, für den stellt diese Arbeit ein grundsätzliches Erfordernis dar. Wir lehnen es ab, diesen Kampf als eine taktische Frage zu betrachten.

Gibt es heute einen realen Klassenkampf der Arbeiter und Angestellten, dann besteht dieser zu über 90% aus Gewerkschaft!! Wer vom Klassenkampf der Arbeiter ernsthaft spricht, spricht heute von Gewerkschaft! Klassenkampf, das ist keine abstrakte Idee, die wir analysierend und sortierend (hier tolle Kämpfe, dort rückständige inkonsequente jämmerliche Auseinandersetzungen, um die wir uns nicht kümmern o.ä.) auf die Realität aufpfropfen. Nein er ist eine virulente Realität, die täglich vonstatten geht, vielleicht in Formen, die noch inkonsequent und unterentwickelt sind. "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist eine Geschichte von Klassenkämpfen." (Kommunistisches Manifest). Das ist für uns keine leere Floskel, sondern revolutionäre wissenschaftliche Erkenntnis, die für uns im Mittelpunkt steht, und deren revisionistische Leugnung auf dem 10. Parteitag der KPD etliche unserer Genossen aus dieser Organisation trieb.

In die Gewerkschaften!

1925 sprach Stalin über die "Gewerkschaften im Westen" und die Haltung der Kommunisten zu ihnen in einer Weise, die uns auch heute noch aktuell erscheint, gerade weil auch wir heute mit reaktionär geführten Gewerkschaften zu tun haben und der unabweisbaren Aufgabe, wieder eine ernsthafte kommunistische Partei aufzubauen, eben weil wir als Kommunisten schwach und kaum verankert sind. Stalin 1925:

"...gerade weil die Gewerkschaften lange vor den Parteien geschaffen wurden und eigentlich auch die Hauptfestungen des Proletariats in seinem Kampf gegen das Kapital darstellten - gerade deshalb sahen sich die Parteien, die sich nicht auf die Gewerkschaften stützten, als selbständige Kraft in den Hintergrund gedrängt.

Hieraus folgt aber, dass die kommunistischen Parteien, wenn sie zu einer wirklichen Massenkraft werden wollen, die fähig ist, die Revolution voranzutreiben, eine enge Verbindung mit den Gewerkschaften herstellen und sich auf sie stützen müssen. ...

Dort im Westen gibt es heute noch immer 'Kommunisten', die ...nach wie vor für die antiproletarische und antirevolutionäre Losung 'Heraus aus den Gewerkschaften!' Reklame machen. Es muss gesagt werden, dass niemand der kommunistischen Bewegung im Westen so viel Schaden zufügen kann als diese und ähnliche 'Kommunisten'. Diese Leute gedenken, die Gewerkschaften von außen her 'zu attackieren', da sie diese für ein feindliches Lager halten. Sie begreifen nicht, dass bei einer solchen Politik die Arbeiter diese Leute eben als Feinde betrachten werden. Sie begreifen nicht, dass die Arbeiter in ihrer Masse die Gewerkschaften –

ob sie nun gut oder schlecht seien – dennoch als ihre Festungen betrachten, die ihnen helfen, den Arbeitslohn, den Arbeitstag usw. zu wahren. Sie begreifen nicht, dass eine solche Politik das Eindringen der Kommunisten in die Millionenmassen der Arbeiterklasse nicht erleichtert, sondern ihm Abbruch tut..." (Josef W. Stalin: Werke, Band 7, S. 88 ff., auch zitiert in "Die Welt verändern und begreifen" (Graue Reihe), Verlag Roter Morgen, Stuttgart 1998, Bd. 16/17 S. 38 ff)

Und Stalin spitzt die Argumentation noch zu:

"...Worin liegt die Schwäche unserer kommunistischen Parteien im Westen?

Darin, dass sie noch keine enge Verbindung mit den Gewerkschaften hergestellt haben und dass gewisse Elemente dieser kommunistischen Parteien gar keine enge Verbindung mit den Gewerkschaften herstellen wollen.

Deshalb besteht die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien ... darin, ... ausnahmslos allen Kommunisten zur Pflicht zu machen, in die Gewerkschaften einzutreten, dort eine geduldige, systematische Arbeit im Interesse des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse gegen das Kapital zu leisten und dadurch zu erreichen, dass die kommunistischen Parteien sich auf die Gewerkschaften stützen können." (ebenda!)

Wir halten das nach wie vor für eine realistische Beschreibung des Problems! Freilich unterscheidet sich die Lage damals, 1925, von der heutigen.

In unserer Erklärung "Die Lage der Arbeiterklasse" weisen wir darauf hin: "Nach wie vor gibt es sehr große Einheitsgewerkschaften. Diese sind aber in ihrer Substanz geschwächt und bedroht. Sie sind in eine krisenhafte Entwicklung eingetreten. Dramatische Mitgliederverluste machen das deutlich..." (S.8.) Wir zeigen auf, dass dafür gerade der Kompromisslerkurs der Gewerkschaftsführung verantwortlich ist, nicht eine vom Kapital den Gewerkschaften vorgeworfene "betonköpfige Radikalität". Diese wird gerade von vielen Kolleg/innen vermisst. Sie nennen das allerdings nicht "Betonkopf", sondern "konsequent, ehrlich und mutig"!

Aber trotzdem beharren wir darauf, dass der Schritt des Austrittes vieler Mitglieder zwar politische Tat, aber doch resignativ ist. Alle Genossinnen und Genossen sollen sich ehrlich fragen: Können wir diese Menschen, die heute außerhalb dieser Gewerkschaften stehen, selber organisieren, oder treten wir in der Praxis dafür ein, dass sie sich mit den bereits organisierten Kolleg/innen zusammenschließen und gemeinsam in den Gewerkschaften kämpfen? Wir versuchen, sie organisiert zu halten! Wir arbeiten mit Ausgetretenen freundschaftlich zusammen, um sie wieder für den Eintritt in die Gewerkschaft zu gewinnen, um dort den Kampf für eine klassenkämpferische Orientierung besser führen zu können. Damit führen wir auch die derzeit notwendige

politische Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung. Wir wenden uns damit gegen die Tendenzen zur immer stärkeren Spaltung der Arbeiterbewegung. Zugleich verankern wir uns durch unsere gewerkschaftliche Arbeit tiefer in der Klasse.

In seiner Schrift "Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus" weist im Übrigen Lenin, der kategorisch die gleiche Position wie Stalin bezieht, darauf hin, dass es im direkten Interesse der reaktionären Gewerkschaftsführer liege, wenn die "linksradikalen Kommunisten" die Arbeit in den Gewerkschaften ablehnen: "Kein Zweifel, die Herren ... sind solchen linken Revolutionären sehr dankbar, die wie die deutsche 'grundsätzliche Opposition' (der Himmel bewahre uns vor solcher 'Grundsätzlichkeit'!) den Austritt aus den reaktionären Gewerkschaften und die Ablehnung der Arbeit in ihnen predigen." (Lenin Werke, Bd 31. S.37 ff).

Verausgaben wir nicht unsere schwachen Kräfte für Projekte, die die Organisiertheit der Klasse nur noch weiter herabsetzen und sie damit schwächen. Führen wir die politische Auseinandersetzung um die Stärkung aller klassenkämpferischen Kräfte und ihre Vereinigung mit möglichst breiten Kreisen der Werktätigen in den Gewerkschaften!

Funktionen einnehmen? Die Gewerkschaften erobern? Wir haben das Moment der Verfolgung fortschrittlicher, klassenkämpferischer und revolutionärer Aktivisten bis hier vernachlässigt. Dieses ist selbstverständlich ständiger Teil der Auseinandersetzung. Aber er tritt in dem Maße praktisch zurück - auch wenn er nie verschwindet, (siehe die aktuellen Auseinandersetzungen um die "Alternative" innerhalb der IG Metall bei DaimlerMettingen) - wie Genossen, oft in den etwas kleineren Firmen und Konzernen, deshalb zu Gewerkschaftsfunktionären werden, weil sie in diese Verantwortung gegenüber ihren Kolleg/innen hineingewachsen sind, oder weil es keine anderen gab, die diese Arbeit machen wollten, weil Sozialdemokraten sich demoralisiert zurückziehen und aus ähnlichen Gründen. Hier sind der innergewerkschaftlichen Verfolgung Grenzen gesetzt, auch wenn diese nicht verschwindet. Denn solche Genoss/innen sind zu Träger/innen der betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen geworden, und sie wären es nicht, wenn sie sich nicht einen gewissen Respekt ihrer organisierten Kolleg/innen erworben hätten, durch ihre Arbeit, aber auch durch gewissen Führungsfähigkeiten im Gestrüpp der betrieblichen Konflikte.

Das muss man berücksichtigen bei der Frage, die unter Kommunistinnen und Revolutionärinnen ebenfalls kontrovers diskutiert wird: Sollen wir Betriebsräte (keine genuin gewerkschaftliche Funktion!!), Vertrauensleute, Vertrauenskörperleiter/innen, Delegierte etc, ja Ortsvorstände und ähnliches werden? Wir sollten das

tun, wenn unsere Kollegen hinter uns stehen und das Amt deren kämpferischen Geist transportieren kann. In diese Frage mischt sich die übergeordnete Einschätzung hinein, dass "der Gewerkschaftsapparat nicht erobert werden könne", dass dieser Apparat prinzipiell reaktionär sei, und dass es deshalb sogar falsch sei, solche gewerkschaftlichen Funktionen anzustreben. Wir halten einen solchen Standpunkt für falsch. Wer bekanntermaßen Kommunist, Revolutionär ist, wird solche Funktionen nicht ohne seine Kolleg/innen, ohne die erwähnten klassenkämpferischen Kräfte erlangen können. Aber er wird sie auch nicht erlangen oder halten können ohne die Fähigkeit, zu den "anderen" Kolleg/innen in der Gewerkschaft und auch außerhalb zu sprechen, die sich nicht klassenkämpferisch verstehen, auch in ihren Kreisen wenigstens Respekt zu erlangen. Zu diesem Kreis sprechen zu können, bei ihnen Gehör zu finden, das ist eine wichtige Fähigkeit, die für den Aufbau einer kommunistischen Partei gar nicht hoch genug bewertet werden kann.

Vielleicht ist der Gewerkschaftsapparat real tatsächlich nicht zu erobern. Vielleicht würden die reaktionären Führungen zuvor die Gewerkschaften lieber massiv säubern und damit spalten. Das überlassen wir dann aber auch ihnen! Und natürlich werden wir gegen solche reaktionären Spaltungsmanöver mit aller Kraft und mit allen Kolleginnen und Kollegen zusammen kämpfen. Wer deshalb schon vorher den Kampf aufgibt, der hat ihn bereits verloren. Eine solche Gefahr des Angriffs durch reaktionäre Gewerkschaftsführer kann uns als kämpferische Kommunisten niemals davon abhalten, um jeden Punkt reale Macht in der Gewerkschaft - wie auch in der gesamten Gesellschaft - zu kämpfen, wenn nur unsere Kollegen hinter uns stehen. Die Position "Der Gewerkschaftsapparat ist nicht zu erobern!" kommt uns vor, wie wenn wir sagen würden: "Da oben auf dem Berge, da steht eine Festung, die kann man prinzipiell nicht stürmen oder erobern!" Solche Festungen gibt es nicht! Ob wir es schaffen können, steht auf einem anderen Blatt und hängt auch von unseren Fähigkeiten ab, die Realität wahrzunehmen, die Kollegen zu mobilisieren und eine richtige Strategie und Taktik in der Arbeiterbewegung zu entwickeln. Und eins ist klar: Wer sich schon nicht in der Lage sieht, die Mehrheit in den Gewerkschaften zu überzeugen und zu erobern, der wird noch viel weniger in der Lage sein, das ganze kapitalistische System zu beseitigen und den Sozialismus zu erobern. Eine solche Aussage ist daher eine Bankrotterklärung. Wir werden einen solchen Weg der Resignation nicht mitgehen, sondern aktiv als Kommunisten in den Gewerkschaften arbeiten sowie unsere Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften organisieren und für ihre Interessen mobilisieren.

Ein Beitrag zur Diskussion

Zur Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft

KPD, 14.07.2008 (<http://www.kpd-online.info>)

In ihrer Ausgabe vom Mai (Nr. 3/2008) hat Arbeit-Zukunft, die Zeitung der Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, einen namentlich gezeichneten Grundsatzartikel über die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Der Artikel ist ausgesprochen wichtig und die in dem Artikel getroffenen Grundaussagen sind vollkommen richtig. In der Tat muss man feststellen, dass die Kommunisten in Deutschland wie überhaupt alle revolutionären Kräfte, weitgehend von der Arbeiterklasse isoliert sind. Deshalb ist die Ausrichtung der Kommunisten auf die Arbeiterklasse und ihre Verankerung in der Klasse gerade jetzt von entscheidender Bedeutung.

Zur Arbeit in den DGB-Gewerkschaften gibt es keine Alternative

Es geht darum, feste und dauerhafte Beziehungen zur Arbeiterklasse aufzubauen und sie zu entwickeln. Ja, man kann sagen, bis zu einem gewissen Grad ist es notwendig, dass die Kommunisten mit der Klasse verschmelzen. In dieser Hinsicht nimmt die Gewerkschaftsarbeit einen besonderen Platz, eine besondere Stellung ein. Vor diesem Hintergrund ist es unbedingt notwendig, in den DGB-Gewerkschaften zu arbeiten. "Die aktive Mitgliedschaft der Kommunisten in den bestehenden Gewerkschaften", schreibt Enver Hoxha im letzten Kapitel seines Buches "Eurokommunismus ist Antikommunismus" (S. 227, Ausgabe des Verlages Roter Morgen), "ist nicht von irgendwelchen zeitweiligen Faktoren abhängig und auch keine ‚Taktik‘, wie uns die Trotzlisten vormachen wollen, sondern eine grundsätzliche Haltung, die in der leninistischen Lehre begründet ist, dass sich die notwendige Einheit der Arbeiterklasse nicht herstellen lässt, wenn man nicht unter den Massen arbeitet und sie vom Einfluss der Bourgeoisie und der verschiedenen Opportunisten löst."

Zur Arbeit in den Gewerkschaften gibt es keine Alternative. Jeder Kommunist, jede Kommunistin muss die Notwendigkeit erkennen, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein.

Deshalb heißt es im Rechenschaftsbericht des ZK an den 11. Parteitag vom Oktober 2005:

"Die Gewerkschaften des DGB befinden sich nach wie vor in der Hand der Arbeiteraristokratie. Die Vorherrschaft des Reformismus in den Gewerkschaften, vor allem aber die offene Politik des Verrats und des Streikbruchs seitens der Gewerkschaftsführungen hat in den vergangenen Jahren zu einer Welle von Gewerkschaftsaustritten geführt. Selbst klassenkämpferische und fortschrittliche Gewerkschaftler liebäugeln inzwischen mit einem solchen Schritt.

Wir halten das für falsch. Die Gewerkschaften sind nach wie vor die größte und wichtigste Massenorganisation der Arbeiterklasse. Gerade weil der Reformismus in den Gewerkschaften vorherrscht, gerade angesichts des Verrats und des Streikbruchs der Gewerkschaftsführer, ist es notwendig in den Gewerkschaften zu bleiben und ihnen - trotz aller Schwierigkeiten - in klassenkämpferischem Sinne zu arbeiten.

Die Entwicklung der Selbsttätigkeit der Gewerkschaftsmitglieder, die Stärkung des Vertrauens in ihre eigenen Kräfte, der zähe und langwierige Kampf gegen den Reformismus in den Gewerkschaften, all das ist von erstrangiger Bedeutung.

Dazu gehört auch der Kampf für eine klassenkämpferische Opposition in den Gewerkschaften, für deren Entwicklung sich die Möglichkeiten in den letzten Jahren verbessert haben.

Die KPD begrüßt und unterstützt nach ihren Kräften die Entwicklung einer solchen Opposition.

Unsere Partei hat, wenn wir von dem Eingreifen im Kampf gegen den Sozialabbau absehen, in Betrieb und Gewerkschaft keine Rolle gespielt. In den Tarifrunden, in den betrieblichen Kämpfen gegen Schließungen und Massenentlassungen war die KPD in der Regel nicht vertreten. Die Arbeit in Initiativen und Bündnissen gegen Sozialabbau, auf Konferenzen und Treffen von Linken Gewerkschaftern, das Auftreten in diesen Organisationen als "aktive" Gewerkschafter, kann die systematische Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, die Mobilisierung und Organisierung der Kolleginnen und Kollegen nicht ersetzen. Es ist deshalb für die Partei eine vorrangige Aufgabe, wieder in Betrieb und Gewerkschaften Fuß zu fassen und alle Möglichkeiten für die Arbeit in diesem Bereich zu nutzen."

Mit diesem Bericht hat die KPD einen ersten, selbstkritischen Schritt zur Kritik der opportunistischen und liquidatorischen Linie in der KPD gemacht, die, wenn sie sich durchgesetzt hätte, die Partei in die Isolation von der Arbeiterklasse getrieben und schließlich zu ihrer Entartung in eine vom Klassenkampf losgelösten Sekte geführt hätte.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass es jetzt nicht um die Organisierung einer - klassenkämpferischen - Gewerkschaftsopposition geht. Dafür gibt es im Moment weder die Bedingungen, noch die Kräfte. Selbstverständlich bedeutet das nicht, die bestehenden gewerkschaftsoppositionellen Kräfte nicht zur Kenntnis zu nehmen. Natürlich müssen wir, wie bisher auch, die fortschrittlichen, klassenkämpferischen Kräfte in den Gewerkschaften unterstützen.

Es steht fest, dass die Arbeit in den Gewerkschaften Bestandteil des Klassenkampfes ist. Ohne kommunistische Partei; ohne Gewerkschaften, die tatsächlich Kampfinstrumente der Arbeiterklasse sind, ist die Arbeiterklasse nicht in der Lage, den Kampf für die Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenslage zu führen. Geschweige denn, dass sie in der Lage wäre, den Kampf für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus erfolgreich zu führen. Solange die wichtigsten und größten Massenorganisationen der Arbeiterklasse - die Gewerkschaften - von der Arbeiteraristokratie beherrscht sind, bleiben sie an Händen und Füßen gefesselt. Der Kampf gegen die Arbeiteraristokratie und den Reformismus in den Gewerkschaften ist nicht einfach. Die Erfahrung der Arbeiterbewegung bis heute zeigen, dass die auf der Seite des Kapitals stehenden Führungen der Gewerkschaften vor keiner Schandtats zurückschrecken, um ihren Einfluss zu behalten. Es wäre fahrlässig, dieser Tatsache nicht ins Auge zu sehen.

Eine notwendige Selbstkritik

ArbeitZukunft bezieht sich in ihrem Artikel auch direkt auf Fehler und Abweichungen vom Marxismus-Leninismus in unserer Partei. Diese führten dazu, dass der 10. Parteitag der KPD einen Rechenschaftsbericht angenommen hat, in dem u.a. der Rückzug der Partei aus dem Klassenkampf und die Ablehnung der Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft erklärt wird. Besonders typisch dafür ist folgende Passage aus dem Bericht an den 10. Parteitag, auf die ArbeitZukunft in ihrem Artikel anspielt.

Es heißt dort:

“An dieser Stelle müssen wir auf einen Sachverhalt zu sprechen kommen, der für die Existenz und Weiterentwicklung unserer Partei als ArbeiterInnenpartei von besonderer Bedeutung ist. Es betrifft die Genossinnen und Genossen, die nicht nur in einer Firma arbeiten, sondern auch gewerkschaftliche Funktionen wie Betriebsrat, Vertrauenskörperleitung, Mitglied einer Vertreterversammlung o.ä. bekleiden. Es betrifft aber auch alle zukünftigen Genossinnen und Genossen in diesem Bereich. Die Erfahrung lehrt uns, dass es gerade sie sind, die sich für alles und jedes verantwortlich fühlen, was passiert. Hinzu kommt, dass man systematisch seitens des Unternehmens und der Gewerkschaften mit Dingen auf Trab gehalten wird, die nicht von wirklicher Bedeutung sind. Dabei entstehen zwei Probleme. Das eine ist die Gefahr, dass man betriebsborniert wird, d.h. nur noch seinen eigenen Bereich sieht und dadurch Entwicklungsmöglichkeiten einschränkt. Das andere ist das Zeitproblem. Man macht sich in der Firma ‘unabkömmlich’ und kann dann für die Erweiterung der Kenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus ‘keine Zeit’ und auch Kraft aufbringen (Familie gibt es ja in der Regel auch noch und ‘jünger’ wird man auch nicht). Mitglieder und Parteizellen sollten ihre Aufgaben so einteilen und ihre Arbeit so organisieren, dass sie überhaupt einen Beitrag leisten können, eine konkrete Politik in Tagesfragen wissenschaftlich auszuarbeiten.“

Eine solche Haltung einzunehmen, bedeutet die vollständige Kapitulation vor der Bourgeoisie und der Arbeiteraristokratie. Sie hat mit dem Marxismus-Leninismus und einer kämpferischen revolutionären Haltung nichts zu tun. Diese Auffassungen sind nicht mehr die Auffassungen unserer Partei und es war ein schwerer Fehler des 10. Parteitages, sie als Linie der Partei zu beschließen. Die “Dinge“, die uns “in Trab halten“, sind eben keine unwichtigen Dinge. Im Gegenteil. Hier geht es um die alltäglichen Angriffe des Kapitals auf die Arbeiterklasse und die Auseinandersetzung darüber, wie ihnen begegnet werden soll. Wer sich hier als Kommunist passiv oder sogar abschätzig verhält, hat in einer kommunistischen Partei nichts verloren. Und wer sich als Kommunist mit dem Hinweis darauf, er müsse sich den wissenschaftlichen Sozialismus aneignen und eine “konkrete Politik in Tagesfragen wissenschaftlich ausarbeiten“, hat ebenfalls in einer

kommunistischen Partei nichts verloren.

Die Gewerkschaften erobern?

Funktionen einnehmen?

Darauf muss man mit einem klaren Ja antworten. Wir wollen die Gewerkschaften erobern. Und natürlich streben wir an, Funktionen in den Gewerkschaften zu übernehmen. Die Ablehnung der Arbeit für die Eroberung der Gewerkschaften wird oft damit begründet, dass der unter dem Einfluss der Arbeiteraristokratie stehende Gewerkschaftsapparat nicht zu erobern sei. Es ist aber ein schwerer Fehler, den Gewerkschaftsapparat mit den Gewerkschaften gleichzusetzen. Wenn von der Eroberung der Gewerkschaften gesprochen wird, dann ist damit die Eroberung der Mehrheit der Mitglieder der Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf gemeint. Es ist deshalb völlig richtig, wenn Arbeit-Zukunft schreibt: "Wer sich schon nicht in der Lage sieht, die Mehrheit in den Gewerkschaften zu überzeugen und zu erobern, der wird noch viel weniger in der Lage sein, das ganze kapitalistische System zu beseitigen und den Sozialismus zu erobern"

Mit der Frage, ob man den Gewerkschaftsapparat erobern kann, hat das alles nichts zu tun. Das ist eine ganz andere Frage. Wir sind ziemlich sicher, dass der Gewerkschaftsapparat, so wie er heute ist, nicht erobert werden kann. Eroberung der Gewerkschaften heißt eben auch Veränderung der Gewerkschaften, ihre grundlegende Demokratisierung und ihre Abkoppelung vom Kapital. Man muss sich, wie gesagt, keine Illusionen darüber machen, dass die Eroberung der Gewerkschaften nur im harten Kampf mit den reaktionären Gewerkschaftsführern erfolgreich sein kann. Zu welchen Maßnahmen sie dann greifen werden, ob sie die Gewerkschaften zu spalten versuchen - was wahrscheinlich ist, wird sich zeigen.

Es ist selbstverständlich, dass wir in Betrieb und Gewerkschaft Funktionen übernehmen wollen. Es wäre ein grober Fehler, wenn wir Funktionen wie Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute, die respektiven Vorsitzenden dieser Körper, Funktionen in den Gewerkschaften - auch höhere - den Reformisten überlassen. Wir werden den Gewerkschaftsapparat im Sinne der Arbeiterklasse so weit ausnutzen, wie es möglich ist. Das ständige Gerede davon, dass der Gewerkschaftsapparat nicht erobert werden kann, ist defätistisch und führt zur Passivität.

Übrigens ist die Ablehnung der Losung von der Eroberung der Gewerkschaften nicht neu.

Schon auf dem IV. Parteitag 1978 hatte Ernst Aust im Rechenschaftsbericht des ZK in Abrechnung mit den ultralinken Sektierern erklärt:

Es war "falsch, ein ‚linker‘ Fehler, die Losung von der Notwendigkeit der Eroberung der Gewerkschaft abzulehnen. Die Ablehnung dieser Losung aber war es, die eben zu der noch nicht überwundenen Unterschätzung der Arbeit in den Gewerkschaften führte. Für uns heißt Eroberung der Gewerkschaften ganz klar: Isolierung der reaktionären Gewerkschaftsführung und -bürokratie durch die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und Übernahme der Gewerkschaftsführung durch ihre revolutionärsten Vertreter. Wann das sein wird, können wir nicht voraussagen. Das hängt von unserer guten Arbeit, aber auch von der Verschärfung der Klassenkämpfe und dem Heranreifen einer revolutionären Situation ab."

Die Eroberung der Gewerkschaften in diesem Sinn ist allerdings nicht in erster Linie eine Frage der Agitation und Propaganda. Agitation und Propaganda sind wichtig, entscheidend ist aber, dass sich die Kolleginnen und Kollegen anhand ihrer eigenen Erfahrungen von der Richtigkeit der revolutionären, klassenkämpferischen Taktik und der Schädlichkeit der reformistischen Taktik überzeugen können. Die Kommunisten und Kommunistinnen in den Gewerkschaften sind deshalb in erster Linie als Mobilisatoren und Organisatoren im Kampf gegen das Kapital gefragt. Es ist ihre Aufgabe, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen den Kampf zu organisieren und an der Spitze dieses Kampfes zu stehen. Dazu muss sich jeder Kommunist, jede Kommunistin befähigen. Wer nicht in den alltäglichen Auseinandersetzungen im Betrieb eine führende, aktive Rolle spielt, kann im Ernst nicht daran denken in den "großen" Auseinandersetzungen eine Rolle spielen zu können.

Eine aktive Rolle in den Gewerkschaften einnehmen, heißt auch, sich vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus und anhand der konkreten praktischen Fragen des Klassenkampfes, in die vielfältigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen einzumischen. Dabei ist auch die Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie von großer Bedeutung.

Vor 40 Jahren

21. August 1968:

Besetzung der CSSR durch die sozialimperialistische Sowjetunion

Wenn ein Land einem anderen die Freiheit bringen will, kann es niemals selber frei sein...

Juli 1968: CDU-Generalsekretär Heck beteuert im Pressedienst seine Sympathie für die "sozialistische Ordnung" in der CSSR.

14. September 1968: Die staatliche Münzanstalt der Bonner Bundesrepublik prägt Münzen mit dem Bildnis Alexander Dubceks in Gold und Silber.

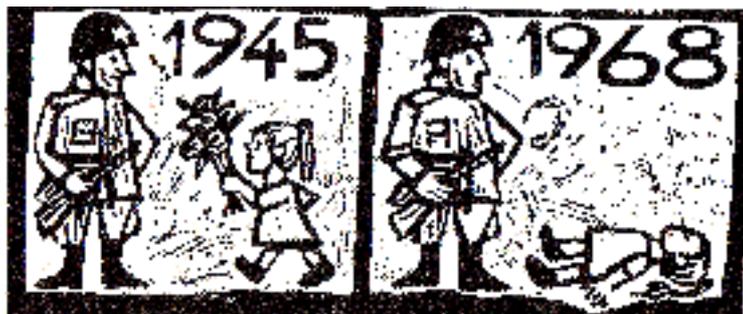
Ob Bonn, London, Paris oder Washington - Politiker verschiedenster bürgerlicher Parteien bekunden ihre Sympathie für die "Kommunistische Partei" der Tschechoslowakei, für den "demokratischen Sozialismus".

Es gibt sie also: "Kommunisten", die von der Bourgeoisie gelobt und unterstützt werden; heißen sie nun Tito, Imre Nagy, Alexander Dubcek, Gyula Horn oder Gorbatschow. Aber auch für den "Sozialismus" erwärmt sich das Kapital.

Dieser "demokratische Sozialismus" war das Gelbe vom Ei - so die Aussagen. Der Pfaffe und Ex-SPD-Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, R. Höppner, verstieg sich sogar zu der Behauptung: "Nie wieder hat der Sozialismus als Gesellschaftsmodell eine solche überwältigende Zustimmung bei der Bevölkerung gefunden wie 1968 in der CSSR." ("MD-Volksstimme", 20.8. 1998)

Wie war das eigentlich damals?

Am 21. August 1968 notierte Genosse Enver Hoxha in seinem Tagebuch: "Die sowjetischen Revisionisten haben unter dem Deckmantel des Warschauer Vertrages eine Aggression gegen die Tschechoslowakische Republik und ihr Volk verübt (...) Die sowjetrevisionistischen Besatzer und ihre Verbündeten vom Warschauer Vertrag drangen in die Tschechoslowakei ein wie Diebe in der Nacht, nachdem sie noch in Bratislava einander umarmt und abgeküsst hatten und nachdem sie die dort beschlossenen Erklärung urbi et orbi (Vor aller Welt - lat.) als 'historisches Dokument' ver-



kündet hatten, welches 'alles geregelt habe, welches die Einheit und Freundschaft unter uns gestählt habe' usw. usf. Wir allein haben dieses als großen Bluff entlarvt, und es ist so gekommen.

(...) Die sowjetischen, polnischen, deutschen,

ungarischen und bulgarischen Revisionisten drangen von vier Seiten über die Grenzen der Tschechoslowakei und besetzten im Verlauf der ganzen Nacht bis zum Morgen Prag, nahmen den Rundfunk ein, umstellten die Gebäude der Regierung, des Zentralkomitees, des Parlaments, des Präsidenten und bei alledem fiel nicht ein Schuss (...) Die sowjetischen Revisionisten begingen diese Verzweiflungstat ja nicht aus freien Stücken, sondern aus nackter Not, ihnen stand das Messer an der Kehle." (Enver Hoxha: Die Supermächte. Tirana 1986) Folgerichtig kündigte die VR Albanien im September 1968 die Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag. "Das Maß ist voll! De facto standen wir schon außerhalb des Warschauer Vertrages, angesichts der Aggression gegen die Tschechoslowakei musste dieser Schritt auch de jure erfolgen" (E. Hoxha)

Die Partei der Arbeit Albanien entlarvte die Politik der modernen Revisionisten kompromisslos und enthüllte die Konterrevolution, ob nun von den Sowjetrevision-

nisten oder die der Ultrarevisionisten. Über Radio Tirana, über verschiedene Kontakte zu Kommunisten und Revolutionären Osteuropas leisteten die albanischen Genossen wichtige Arbeit. Freilich blieb den Revis dies nicht verborgen. So wies die bulgarische Regierung am 25. Juli 1968 eine Reihe albanische Botschaftsangehörige aus Bulgarien aus. "Die albanischen Diplomaten hätten ... geheime Verbindungen



zu bulgarischen Staatsbürgern unterhalten und diese zu staatsfeindlicher Tätigkeit veranlasst", hieß es im Neuen

Deutschland. "Sie hätten Hetzliteratur gegen die Bulgarische KP und die Regierung, sowie gegen andere sozialistische Länder verbreitet". "Hetzliteratur" waren z.B. auch Hintergründe über die Ereignisse in der CSSR.

Im Gegensatz dazu standen Leute wie Tito oder Ceausescu. Nach der Konferenz von Bratislava (3.8. 1968) wurde Tito ein triumphaler Empfang bereitet, der sich wie ein Hahn, als der Retter der Tschechoslowakei aufplusterte. Er reiste ab aus Prag, voller Eigenlob, hocherhobenen Hauptes, Brust raus, und nahm von der tschechoslowakischen Regierung für geleistete Dienste einen Scheck über 13 Millionen Dollar mit. Wenige Tage später kam Ceausescu, der sich als "der Tapfere der Tapferen" aufspielte. Dieser unterschrieb auch den "Vertrag über gegenseitige Hilfe", in dem besonders betont wurde, dass "sich die beiden Staaten gegenseitig vor einem oder mehrere Angreifer-Staaten verteidigen" würden! Was die Hilfe Rumäniens anbelangt: Den rumänischen Revisionisten selber fuhr die Angst in Mark und Bein nach dem Überfall auf die CSSR, von einer Verteidigung anderer konnte nicht die Rede sein.

Die Vorgeschichte des "Prager Frühlings"

Ein Unternehmen "zum Schutz der sozialistischen Eigenschaften", so bezeichneten die Kremel-Herren dreist ihren Überfall. Doch nicht der Sozialismus war 1968 in Gefahr. Den gab es längst nicht mehr. Antonin Nowotny - 1. Sekretär des ZK der KPC - war der engste Freund der Sowjets, die Tschechoslowakei ihre stärkste Bastion. Die wirtschaftlichen Probleme konnte er aber nicht meistern. Die Wirtschaft erlebte eine beispiellose Talfahrt; der Reallohn der Arbeiter sank von Monat zu Monat, das Bruttosozialprodukt stagnierte, die Auslandsschulden stiegen und schließlich war die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht mehr gewährleistet. Im Dezember 1967 kam es zu ersten öffentlichen Auseinandersetzungen vor dem Plenum des Zentralkomitees und im Politbüro. Nowotny wurde nahe gelegt, von seinem Amt als 1. Sekretär zurückzutreten.

Am 6. Januar 1968 erschien ein Kommuniqué der ZK-Sitzung mit der Mitteilung, dass Nowotny "wegen Mängel in den Methoden und im Stil der innerparteilichen Führungstätigkeit" als Parteisekretär abgelöst wurde.

Zum Nachfolger wurde einstimmig Alexander Dubcek gewählt. Er war 1. Sekretär der slowakischen KP und gehörte schon seit 5 Jahren dem Politbüro in Prag an. Dubcek war ein Widersacher Nowotnys und Anhänger einer pro-westlichen Strömung in der revisionistischen Partei.

Was Dubcek für die CSSR wollte, wurde in den anderen revisionistischen Länder bereits seit langem praktiziert. In den sowjetischen Betrieben galt bereits seit langem wieder das Rentabilitätsprinzip. In Ungarn z.B. wurden bereits grössere Schritte hin zum offenen Kapitalismus als in der CSSR getan. Da aber die ungarischen Revisionisten brav an der Leine Moskaus blieben, konnten sie ungestört ihren Weg gehen. Diese Entwicklung hat die Sowjetrevisionisten nie gestört. Im Gegenteil, sie betrachteten Ungarn als "Vorbild" und "Musterland". Als

Gefahr betrachteten sie also nicht "Dubceks Verrat" am Sozialismus, als Gefahr betrachteten sie nur die Möglichkeit des Verlustes der Oberhoheit über die CSSR. Denn die Dubcek-Clique hatte begonnen, Verbindungen mit den westlichen Imperialisten aufzunehmen.

Die Ultrarevisionisten der CSSR wollten sich möglichst rasch von einer Wirtschaft verabschieden, die vom bürokratisch-zentralistischen Staatsapparat beherrscht wurde. Die Fäulnis, die Krisenerscheinungen usw., die von der Leitung der Wirtschaft durch einen bürokratischen Staatsapparat ausging, nahm im Land immer mehr zu. Die Triebkräfte, die auf eine Restauration der Warenproduzierenden Ordnung aus waren, nutzten diesen Umstand aus. Unter den Parolen eines "demokratischen Sozialismus", eines "Dritten Weges" usw. kam es in rascher Folge zu Reformen in der CSSR. Die Einführung einer Warenproduzierenden Ordnung des Privatkapitals stand nichts mehr im Wege. In diesem Zusammenhang wäre es natürlich zu Konflikten mit den Ländern gekommen, die eine Wirtschaft des zentralistischen Staatsapparates (d.h. die revisionistische Staaten) betreiben (Die SU und die anderen Länder des RGW). Zwangsläufig würde die CSSR ausscheren aus diesem Verbund und sich den westlich-kapitalistischen Ländern annähern.

Übrigens lernten die Gorbatschow-Leute daraus: Die Reformen in der UdSSR nach 1985, die sehr viel Ähnlichkeiten mit denen der CSSR aufwiesen, mussten auf die anderen Staaten des RGW ausgeweitet werden. Mittels Intrigen, Druck und Putschen usw., im Interesse der Gorbatschow-Reformer, wurden diese auf den neuen Kurs des "Marktsozialismus" eingetrimmt. Im Gegensatz zur CSSR 1968 hatten die Moskauer Reformer die Macht, dies auch zu bewerkstelligen.

Aus Washington war 1968 zu hören, dass man dort "mit Interesse und Sympathie die Ergebnisse in der CSSR beobachten" würde. Natürlich, wenn Dubcek die Regierungen in Bonn oder Washington um Kredite anging, dann tat er damit nur, was Breschnew schon lange machte. Aber solche Beziehungen sollten eben das Monopol der Kreml-Herren bleiben.

Den Prozess, der mit der Machtübernahme der Dubcek-Gruppe sich entwickelte, kann man nicht vom Prozess im revisionistischen Lager insgesamt trennen. Er ist das Ergebnis gewesen der Entartung und der großen Widersprüche im revisionistischen Clan, das Ergebnis der verschiedenen Tendenzen im Clan eines jeden einzelnen revisionistischen Landes, sowie das Ergebnis der internationalen Widersprüche.

Dubcek spielte geschickt. Er propagierte den "Sozialismus mit menschlichem Gesicht". Liberalisierung, Pressefreiheit, Pluralismus, Marktwirtschaft gegen Planwirtschaft, Stalinismus u.s.w. waren Parolen seiner Anhänger. Eine "reine Demokratie" wurde propagiert. "Für ein freies Spiel der politischen Kräfte, für eine freie, uneingeschränkte und nichtorganisierte Initiative der Individuen" (Literami Listy, Nr.9/68).

Der "liberale" Weg und seine Unterstützer

Für diesen "liberalen" Weg war ein Teil des tschechoslowakischen Volkes, sogar der tschechoslowakischen Arbeiterklasse wie geschaffen. Für sie war der Kommunismus ein leeres Wort, ein Zwischenfall. Die KPTsch arbeitete seit der Befreiung nicht auf fester Grundlage und es war eine Tatsache, dass sie die Natur und die politischen Tendenzen eines Teils der Bevölkerung nur wenig verändert hat. Dieser Teil hat dann auch im Sozialismus seine bürgerlich-kapitalistischen Auffassungen bewahrt und weiterentwickelt. (Vgl: "Zer i Popullit", 24.3.1968: Die Arbeiterklasse der revisionistischen Länder muss den Kampf aufnehmen, um die Diktatur des Proletariats wiederherzustellen)

In der CSSR begann es mit reaktionären pro-westlichen Schriftstellern und Studenten. In diesen Kreisen wurden die "geistigen" Waffen geschmiedet. Eine weitere Liberalisierung des revisionistischen Regimes strebten sie an. Eine vollständige Loslösung von der Hegemonie der Sowjetrevisionisten wurde gefordert und schließlich sollten die Revisionisten gestürzt werden und durch offene kapitalistische Cliquen ersetzt werden. Solche reaktionären Studenten, Schriftsteller, Künstler usw. halfen erstmal der Gruppe der Ultrarevisionisten, die Macht zu ergreifen. Diese Intelligenzija wurde zur Vorhut der Reaktion. (Vgl. hierzu auch die Ereignisse in Ungarn 1956: Der Petöfi-Klub - Kulturklub des Jugendverbands, in Wirklichkeit ein Nest der reaktionären Intellektuellen)

"Die Schriftsteller waren es, die den Stein ins Rollen brachten, und nicht nur das. Unter ihnen war der `brain trust` zu finden, der das politische Konzept ausarbeitete, der den kommunistischen Sozialismus mit der Demokratie vereinigen sollte" ... Die Bewegung in der CSSR, "war eine Bewegung, die von kulturellen, von geistigen Bereichen ausging und bei der realen Entfaltung dort auch ihr Zentrum behielt", bekannte redselig der Westberliner "Tagesspiegel" vom 28.8. 1968.

Während der gesamten Zeit des so genannten "Prager Frühlings" appellierte die Reaktion an die Jugend. Sie schmeichelte ihr, schürte nihilistische Leidenschaften und Stimmungen. Eifrig propagiert wurde die Auffassung von der Jugend als einer sozialen Sondergruppe mit angeblich selbstständigen, an keiner Klasse gebundenen politischen Forderungen. Es wurde ihr zugesichert, dass alle Forderungen der Jugendlichen erfüllt werden. Der Sozialismus, wurde betont, hätte die Jugend immer ignoriert und wäre nicht dazu fähig. Nur in der "Demokratie" sei die "freie Willensäußerung" machbar, gebe es die "schöpferische Initiative von unten" und dergleichen mehr.

Vertreter aller imperialistischen Staaten gaben sich im Prager Hradschin die Klinke in die Hand. Ex-Bundespräsident Scheel fuhr als "Privatmann" in die CSSR. Carters Chefberater Brzesinski kam als "Vortragsreisender". Bundesbankpräsident Blessing besuchte achtmal Prag. Die CSSR erhielt großzügige Kredite. Die bankrotte Wirtschaft sollte nach westlichem Vorbild saniert

werden - auf Kosten der Arbeiter. Die Dubcek-Leute waren gute Demagogen. Für alles machten sie den "Stalinismus" verantwortlich. Hass wurde gegen den Sozialismus geschürt und der westliche Kapitalismus mit sozialen Phrasen garniert als "demokratischer Sozialismus" verkauft. Alle, sogar die Faschisten wurden mit großem Tamtam rehabilitiert. Sie wurden als "hervorragende Menschen", als Opfer des "stalinistischen Terrors" hingestellt.

Raschen Schrittes wurden verschiedene Klubs, Zirkel, Vereinigungen und sogar Parteien gegründet. Das waren der "Klub 231", der "Klub der engagierten Parteilosen", der "Arbeitskreis unabhängiger Schriftsteller", der "Klub der Kritischdenkenden", die "Organisation zum Schutz der Menschenrechte", das "Vorbereitungskomitee der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Parteien" usw.

Für diese Oppositionsgruppen, die schnellstmöglich und restlos den Kapitalismus restaurieren wollten, bestand die "zentrale Frage der kommenden Monate" darin, so genannte "demokratische Wahlen" durchzuführen (Manifest des "Klubs der engagierten Parteilosen")

Der "demokratische Sozialismus", eine Worthülse für Kapitalismus

Unter der Flagge der Suche nach einer "neuen Variante" des Marxismus wurde in der CSSR lange und hartnäckig eine Kampagne betrieben, die marxistisch-leninistische Theorie zu diskreditieren. Relativ einfach war dies dadurch, dass in der CSSR seit langem eine revisionistische Politik betrieben wurde.

Nach außen hin wurde das Ganze als "Marxismus-Leninismus" verkauft, freilich der Inhalt war ein anderer. All die Erscheinungen von Fäulnis, Misswirtschaft, Verzerrung, Korruption usw. wurden so dem Sozialismus angeheftet. Als Ausweg und Alternative wurde dann der "demokratische Sozialismus" propagiert.

"Der heutige Sozialismus ist nicht für die Arbeiter", in der bürgerlichen Republik "lebten sie besser" ("Literarni listy", 16.5.68).

Auf dem Gebiet der Wirtschaft wurde als "Alternative" die "sozialistische Marktwirtschaft" gepriesen. So malte beispielsweise der stellvertretende Ministerpräsident Ota Sik in zahlreichen Stellungnahmen ein idyllisches Bild eines "Markt"-Sozialismus.

Ota Sik: "... Unsere Betriebe müssen unter stärkeren Druck des Binnen- und des Weltmarkts geraten. Die Monopolstellung der Betriebe muss durch Konkurrenz nach innen oder im Außenhandel ersetzt werden."

Bereits 1967 hatten "Ostspezialisten" wie Karl Thalheim, Direktor der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Westberliner Osteuropa-Institutes, erkannt: "Wenn aber das, was Herr Sik hier vorgetragen hat, durchgeführt wird, so ist das ein echter Systemwandel, und ich würde darin auch tatsächlich eine Annäherung der Wirtschaftssysteme sehen." (Thalheim, Probleme zentraler Wirtschaftslenkung, München 1967)

Ota Siks Vorstellungen von einer "Verbesserung" der sozialistischen Wirtschaft unterschieden sich nicht von

denen seines Lehrmeisters Liebermann aus der Sowjetunion. Seine Theorien gingen nicht weiter als die Theorien mancher revisionistischer Wirtschaftsreformer in der SU, der DDR, in Ungarn oder Polen. Bis zur Invasion 1968 waren Siks Bücher Lehrbücher an den Universitäten der revisionistischen Länder. So wurde Ota Siks Buch "Ökonomie - Interessen- Politik" 1966 im Dietz-Verlag Berlin - der offizielle SED-Verlag - in deutscher Sprache herausgegeben. In einer Vorbemerkung hieß es, dies Buch sei "eine sehr interessante Arbeit". Und Walter Ulbricht hatte sogar begrüßt, "daß mit dem Einsatz von A. Dubcek als Erstem Sekretär der KPTsch die Beseitigung der Dogmatiker in der Führung der KPTsch eingeleitet worden" sei, und riet Dubcek, "weitere fünf Dogmatiker aus dem Präsidium des ZK der KPTsch zu entfernen und durch junge Kräfte der wissenschaftlichen Intelligenz zu ersetzen". (Zit. nach Egon Krenz: Widerworte, Berlin 2006, S. 217)

Als der bundesdeutsche Wirtschaftspolitiker Blessing im Juli 68 nach Prag reiste, wurden auch Gespräche über eine bundesdeutsche Unterstützung für einen Beitritt der CSSR zum Internationalen Währungsfonds geführt. Kreditforderungen der CSSR (500 Mio. Dollar) wurden ebenfalls wohlwollend behandelt.

Da für den Fortgang der Reformen in der CSSR mit Hunderttausenden von Arbeitslosen gerechnet wurde, sicherte der Präsident der Bundesanstalt, Stingel, die Bereitschaft zu, tschechoslowakische Gastarbeiter aufzunehmen: "Die Arbeitsvermittlung ist in diesem Falle so großzügig, wie sie es nur sein kann." ("Süddeutsche Zeitung", 7.8.68)

Der Überfall

Für die Sozialimperialisten (Sozialisten in Worten, Imperialisten in der Tat) in Moskau läuteten die Alarml Glocken. Eine Vielzahl von Gesprächen, Verhandlungen (Dresden, Bratislava u.s.w.) fanden zwischen Januar bis August statt. Vorbereitungen für eine Intervention liefen. Eine Vielzahl von Manövern bereitet den Überfall vor.

Das "Neue Deutschland" vom 6. Mai 1968 wiegelte ab: "Da hat doch dieser Tage die Bonner Regierung der Welt einreden wollen, die Staaten des Warschauer Vertrages beabsichtigen, mit '10.000 bis 12.000 Mann in der CSSR zu intervenieren.' Das sind böswillige Erfindungen... Solche Gangstermethoden waren bekanntlich

von den Hitlerfaschisten bis zur Perfektion entwickelt

worden."

(Ähnlichkeiten mit der Ulbrichtbehauptung: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten" vom 16. Juni 1961 sind "rein zufällig")

Unter strengster Geheimhaltung begann nunmehr die Vorbereitung der direkten militärischen Intervention. Die Tarnbezeichnung lautete "Dunai" (Donau). Mit der Vorbereitung und Durchführung der Übung "Donau" begann auch die direkte Einbeziehung der "Nationalen Volksarmee" (NVA) der DDR in die geplante Militäraktion. Am 19. August wurde der NVA-Führung mitgeteilt, dass die Übung "Donau" mit dem Überschreiten der Staatsgrenze der CSSR am 21. August 1968, 0.00 Uhr Moskauer Zeit, beginnt.

Panzer rollen auf Prag

In den späten Abendstunden des 20. August erhielt der Kontrollturm des Prager Zivilflughafens Ruzyne einen Notruf von drei sowjetischen Transportflugzeugen. Die Besatzungen baten um Landeerlaubnis, weil ihr Treibstoffvorrat verbraucht wäre. Der Direktor des Flughafens lehnte diese Bitte unter Hinweis auf eine Landemöglichkeit auf dem

nahe liegenden Militärflugplatz Kbely ab. Doch wenige Minuten später setzten die sowjetischen Maschinen in Ruzyne auf - ohne Genehmigung. Als "Passagiere" der Transporter entpuppten sich Fallschirmjäger der sowjetischen Streitkräfte. Blitzschnell besetzten sie die wichtigsten Punkte des Flugplatzes, luden Militärgerät aus und errichteten eine Feldflugleitstelle. Ab 22.30 Uhr landeten in Minutenabstand weitere sowjetische Flugzeuge vom Typ AN-12, die eine komplette Luftlandedivision nach Prag brachten. Die Intervention hatte mit einem Piratenakt begonnen.

Etwa zur selben Zeit erhielten die Kommandeure der entlang der Grenze zur CSSR konzentrierten Verbände und Truppenteile des Warschauer Vertrages den Marschbefehl.

Militärisch stieß die Intervention von Truppen der

UdSSR, Polens, Bulgariens und Ungarns auf keinerlei Widerstand. Die Einheiten der "Tschechoslowakischen Volksarmee" wurden teilweise entwaffnet, ihre Kasernen blockiert. Der Blitzüberfall in die CSSR vollzog sich in weniger als 24 Stunden. Die Gesamttruppenstärke der eingesetzten Kräfte lag bei mindestens 350 000 bis 400 000 Mann. Auf der Grundlage verschiedener Quellen beteiligten sich insgesamt 20 bis 23 sowjetische Divisionen, 4 polnische Divisionen, 2 bis 3 ungarische Divisionen und 2



Wenzelsplatz August 1968

Verbände der NVA sowie ein verstärktes bulgarisches Regiment.

Erst am 23./24. August hielten sich im Rahmen der gemeinsamen Militäraktion auch tatsächlich NVA-Angehörige zeitweilig auf dem Territorium der CSSR auf. Auch wenn es nur einige Dutzend NVA-Angehörige waren die tatsächlich auf dem Boden der CSSR stationiert waren, dürfen die Maßnahmen der DDR und ihrer Armee nicht bagatellisiert werden. Die NVA war bis zum 21. August voll in die Militäraktion des Warschauer Vertrages eingebunden. Beide Verbände waren so weit militärisch vorbereitet, dass sie auf sowjetischen Befehl hin in die CSSR hätten zum Einsatz gebracht werden können.

Ein Gefreiter der NVA, der am 23. August 1968 zum Führungsstab nach Milovice unterwegs war, schilderte in einem Bericht an die PHV der NVA die Situation folgendermaßen: "Völlig desinformiert über den Sinn des Aufenthalts von Truppen aus den sozialistischen Bruderländern hingen Fahnen mit Trauerflor auf Halbmast, waren Losungen an Mauern, Häusern, Bäume und Fahrzeuge geschmiert. In jeder Ortschaft, durch welche wir führen, bot sich das gleiche Bild, und überall standen Menschen in Gruppen auf den Straßen oder an Fabriktoren und drohten sogar mit den Fäusten. Die Ortschaften und Wegweiser waren entweder herausgerissen oder übermalt, dafür standen neue mit der Aufschrift, Moskau, Warschau, Berlin." (Fonds des Militärgeschichtlichen Instituts des DDR, Arbeitsgr. B/E, 61186)

Öffentliche Stellungnahmen gegen den Truppeneinmarsch tauchen in den Medien nicht auf. Aber es gab sie auch in der DDR. Solidaritätskundgebungen Berliner Bürger in der CSSR-Botschaft, Protestkundgebungen in Eisenach, Ruhla, Gotha und Schwerin sowie Flugblattaktionen gegen die Besetzung fanden nach dem 21. August statt.

Die NVA-Führung ging in ihrem Verantwortungsbereich gegen jede Abweichung von der offiziellen Parteilinie streng vor. Innerhalb von zwei Monaten, gerechnet ab August 68, wurden im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR 234 Parteiverfahren in der NVA durchgeführt. Dabei kam es zu 140 so genannten Parteierziehungsmaßnahmen und 94 Parteistrafen einschließlich 20 Ausschlüsse. Allein 12 Offiziere wurden aus der SED ausgeschlossen, was für sie praktisch das Ende ihrer Karriere bedeutete. (R. Wenzke, Prager Frühling - Prager Herbst. Brandenburgisches Verlagshaus, 1990)

Während die Werktätigen der CSSR in einer Welle des Widerstandes gegen den Überfall sich erhoben, rief Dubcek dazu auf, "Ruhe zu bewahren". Aber überall entbrennt der Kampf gegen die Besatzer. Eingehakt, in festen Reihen marschieren die Menschen durch die Straßen Prags, um das weitere Vordringen der feindlichen Panzer zu verhindern. Die großen Betriebe wie die CKD-Maschinenwerke, wie die Hütte von Vitkovice, die Bergwerke von Kladno und Hymburk werden von

den Arbeitern stillgelegt. Die Eisenbahner verweigern den Transport von Material für die Besatzer. Am 25. August greifen in Prag Arbeiter zu den Waffen. Widerstandsstoßbrigaden werden gebildet. Und was macht Dubcek, der angebliche Vorkämpfer für die Unabhängigkeit? Er beschränkt sich nicht mehr auf Stillhalte-Appelle, sondern unterzeichnet in Moskau am 27. August ein Kommuniqué mit den Moskauer Henkern, in dem zynisch von der Freundschaft und Solidarität die Rede ist, die beide Seiten miteinander empfinden. Dubcek gibt den Streitkräften die Order, "Zwischenfälle und Zusammenstöße" zu vermeiden. Dubceks Pakt mit den Sowjetrevisionisten konnte nicht verhindern, dass Breschnew ihn schließlich kalt abservierte und ihn durch die getreue Marionette Husak ersetzte. Dubcek erhielt später einen Botschaftsposten in der Türkei, bis er ganz von der Bühne verschwand.

Als Grund für die Intervention wird ein angebliches "Hilfersuchen einer Gruppe von Mitgliedern des ZK der KPTsch" genannt. (TASS, 21. August) Die Einzelheiten dieses "Hilfersuchens" blieben im Dunkeln, die Namen der "Bittsteller" wurden nicht bekannt gegeben. Die Absurdität des "Hilfersuchens", das durchaus den Tatbestand des

Hochverrats erfüllte, ist offensichtlich. Wie konnten die UdSSR und ihre Verbündeten auf "Wunsch" einer kleinen Gruppe von Bürgern der CSSR Truppen in das Land senden, ohne dass davon die Regierung oder das Parlament der CSSR Kenntnis erhielten?

Späterhin werden die Sowjetrevisionisten den Überfall als "Notwendigkeit" deklarieren, ihn mit einer "Begrenzten Souveränität sozialistischer Länder" rechtfertigen.

Die Breschnew-Doktrin

Als "Geburtsurkunde" der sozialimperialistischen Breschnew-Doktrin von der "begrenzten Souveränität" war der Brief (14.7. 1968) aus Warschau von fünf "Bruderländer" an die KPTsch. Darin heißt es: "Es ist nicht nur mehr ihre Angelegenheit, dass sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller Kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten (...) Wir werden niemals zulassen das der Imperialismus auf friedlichem und unfriedlichem Wege, von innen oder von außen eine Breche in das sozialistische System schlägt."

Der Größenwahn der Revisionisten kannte keine Grenzen. Die getreuen Schreiberlinge der SED schrieben im ND:

"Die Furchtgebietende militärische Macht der UdSSR - so formulierte L. Breschnew - ist heute das Hauptmittel imperialistische Aggressoren zu zügeln" Und weiter: "Auf allen Gebieten des modernen Militärwesens hat sich die Sowjetunion den ersten Platz in der Welt erkämpft, ihn behauptet und sogar ausgebaut ... Angesichts des Kräfteverhältnisses wäre es absurd anzunehmen, dass das sozialistische Weltsystem einen Einbruch in seinen Bereich dulden würde..." (2.8.68)

Dem Proletariat fehlte die Führung

Die Arbeiter der CSSR wurden von beiden Seiten missbraucht: von den pro-westlichen "Sozialisten" wie von den pro-sowjetischen "Sozialisten". Beiden Gruppierungen ging es nicht um die Arbeiter, sondern nur um ihre Macht und Einfluss.

Den Arbeitern fehlte eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Partei, die sie einigte und organisierte im Kampf gegen die Dubceks, gegen die Breschnews. Ansätze waren vorhanden, wie die Gruppen der "Gottwald-Kommunisten" (Klement Gottwald, 1896-1953, erster Arbeiterpräsident der CSR, Vorsitzender der KPTsch).

Leider entwickelten sie sich nicht zu einer einheitlichen Kommunistischen Partei.

In jenen Tagen schrieb "Zëri i Popullit", das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albanien: "Für das tschechoslowakische Volk ist die Lage ernst aber nicht hoffnungslos. Vertrauen auf die eigenen Kräfte und auf die gesunden internationalen Kräfte des Marxismus-Leninismus kann den Weg zur Rettung bahnen. Die revolutionären Marxisten-Leninisten der Tschechoslowakei müssen eine neue, wahrhaft marxistisch-leninistische Kommunistische Partei der Tschechoslowakei bilden, die der revisionistischen Partei Dubceks und allen bürgerlichen Parteien der Tschechoslowakei unerbitterlich den Krieg erklärt."

Nachtrag:

Seit 1989/90 ist die Tschechoslowakei wieder da angekommen, wofür die Reformer kämpften: Im "demokratischen Sozialismus", d.h. im Kapitalismus.

Am 28. Dezember 1989 wird Alexander Dubcek neuer Parlamentspräsident der jetzt offen kapitalistischen CSFR.

Gustav Husak, der von den Sowjets 1968 eingesetzte 1. Sekretär der KPTsch, wurde 1989 abgesetzt. Seitdem beschäftigte er sich intensiv mit der Religion. Nach Angaben bürgerlicher Kreise ist er zum Christentum übergetreten.

68iger Prager Humor:

Auf einer Prager Brücke steht Schwejk, zeigt mit dem Finger in Richtung Moldau und ruft ununterbrochen: "22...22...22...22..."

Ein Sowjetoffizier beobachtet das.

Er geht auf Schwejk zu und fragt: "Scho eto, Was ist los?"

Doch Schwejk weiter: "22...22...22..."

Der Offizier will erneut wissen, was los ist.

Schwejk weiter: "22...22...22..."

Neugierig lehnt sich der Offizier über die Brückengrenzung und schaut suchend in die kalten Fluten der Moldau.

Plötzlich - ein Tritt von hinten - ein kurzer Schrei - der Offizier fällt ins kalte Nass.

Auf der Brücke hört man nun Schwejk rufen: "23...23...23...23..."

Einige Zeit später: Von weitem kommt ein russischer General...

Korrespondenz:

Faschistische Provokation in Dortmund zum Antikriegstag 2008

Am 6. September zogen nach offiziellen Angaben etwa 1000 Neonazis mit einer bundesweiten Demonstration gegen "Kapitalismus" und "imperialistischen Krieg" durch ein von der Polizei hermetisch abriegeltes Viertel von Dortmund. In der Bevölkerung gab es dafür überhaupt kein Verständnis - von vielen wurde auch die hohen Kosten für den Polizeiansatz kritisiert, damit dieses Gesindel unbehelligt sein braunes Gift verbreiten kann.

Wie fast immer bei solchen Gelegenheiten hatten angeblich weder der Bürgermeister noch das zuständige Gericht eine Möglichkeit, die Demonstration zu verbieten.

Im Vorfeld hatte sich ein breites Bündnis von Antifaschisten gebildet - für meine Begriffe ein zu breites. Denn unter dem Vorwand der Meinungsvielfalt wurden auch die rassistischen Zionisten aus der antideutschen Szenerie ins Boot genommen und konnten ungehindert über den Lautsprecherwagen ihre anti-palästinensische Hetze verbreiten - mit Fahnen von Israel und USA. Wir sollten uns schleunigst ein paar Palästina-Fahnen besorgen, um diesem Pack zumindest optisch entgegenzutreten zu können!

Die Nazis traten übrigens mit vielen linken Parolen und Forderungen auf - ein Durchschnittsbürger hat sicherlich Probleme, das zu erkennen, zumal ihm ja von bürgerlicher Seite immer wieder eingeredet wird, links und rechts sei gleich.



Die KPD/ML beteiligte sich mit der KPD (Roter Morgen) an der Demo gegen die Faschos. Vielleicht gefällte das den "Göttern von Quito" nicht, doch ich halte jeden Schritt in Richtung Einheit der Kommunisten für richtig und notwendig.

(ein Genosse aus dem Ruhrgebiet)



ENVER HOXHA - EIN LEBEN FÜR DEN KOMMUNISMUS

Die Kommunistische Partei Albanien entstand, wuchs und erprobte sich als Führerin von unvergleichlicher Tüchtigkeit und Autorität im revolutionären Kampf gegen die faschistischen Besatzer und Verräter. Sie wartete nicht, bis sie vorher die marxistisch-leninistische Theorie erlernt hatte, um dann den Kampf aufzunehmen. Sie erlernte die marxistisch-leninistische Theorie im Feuer des Kampfes, in verwickelten Situationen und setzte diese Theorie zugleich getreu und auf schöpferische Weise in die Tat um.

Albanien, dieses kleine Land an der Adria, war zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein sehr armes Land. Es gab mehr als 90% Analphabeten, kaum Schulen, wenige Ärzte, keine Industrie, riesige Sümpfe, kaum Straßen, keine Verkehrsmittel, keine Eisenbahnen usw. usf. Wer Brot besaß, galt als reich. Es gab reaktionärste, mittelalterliche Ideologien und Bräuche wie die Blutrache. Die Beziehungen der Menschen untereinander waren feudal. Die Frau war Sklavin des Mannes.

Im November 1917 stürzten die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft Russlands, geführt von der Partei der Bolschewiki, die Macht der Kapitalisten und errichteten die Diktatur des Proletariats. Das Echo der Oktoberrevolution war auch in Albanien zu spüren. Aus dem Ausland kamen die ersten Broschüren über Russland und den Kommunismus. Sie wurden in engen Arbeiter- und Intellektuellenzirkeln gelesen. Die KOMINTERN leistete wertvolle Beiträge für den Aufbau einer kommunistischen Partei. 1928 gründeten Exilalbaner in der Sowjetunion die Albanische Kommunistische Gruppe. Vom Statut dieser Gruppe aus war es ihre Aufgabe, weitere illegale kommunistische Gruppen in Albanien zu bilden und eine revolutionäre Tätigkeit zu entfachen. Verbindungen wurden hergestellt zu den bereits existierenden kleinen kommunistischen Gruppen in Albanien.

Schon während seiner Jugendzeit erlebte Enver Hoxha (16.10.1908 in Gjirokastra geboren) das Treiben der zahlreichen Besatzer und Großmächte, die Albanien niederdrückten und ausbeuteten. 1924 schloss er sich der demokratischen Bewegung an. 1930 absolvierte er die Oberschule von Korca. Dort wurde er zum ersten Mal von den reaktionären Zogubehörden ins Gefängnis geworfen, weil er mit Genossen gegen an den Schülern begangene Diebstähle protestierte. Für einige Jahre hielt sich Enver Hoxha in Frankreich auf, um an der Hochschule zu studieren. Er begann mit der KP Frankreichs zu sympathisieren und veröffentlichte in deren Zeitung "Humanité" Materialien über das Zoguregime in Albanien. Das Stipendium wurde ihm entzogen, so dass Enver Hoxha gezwungen war, beim albanischen Konsulat in Belgien Arbeit anzunehmen. Doch auch hier sorgten die Agenten Zogus für seine Entlassung. (Ahmet Zogu kam 1924 durch den militärischen Sturz der bürgerlich-demokratischen Regierung Fan Noli an die Macht) Enver kehrte 1936 nach Albanien zurück.

Die Jahre des Kampfes hatten Enver Hoxha zum Kommunisten geformt. Zunächst arbeitete er am Gymnasium in Tirana, dann an der Oberschule von Korça als Lehrer. In Korça wurde er zu einem der aktivsten Mitglieder der kommunistischen Gruppe Korças. Ebenso arbeitete er aktiv in der Organisation "Rinia Korçare" (Korçajugend). Am 7. April 1939 überfielen die italienischen faschistischen Truppen Albanien. Das albanische Volk bekam sehr bald die Folgen der Besetzung zu spüren. Hunderte Patrioten wurden eingekerkert oder in KZs verbannt. Die Faschisten stießen aber auf den erbitterten Widerstand des Volkes. An die Spitze stellten sich die Kommunisten, obwohl sie noch nicht in einer einzigen Partei organisiert waren. Auf Beschluss der kommunistischen Gruppe Korças wurde Enver Hoxha nach Tirana entsandt, um dort die antifaschistische Arbeit zu entwickeln. Er nutzte diese Aufgabe, um zielstrebig für die Einheit der verschiedenen kommunistischen Gruppen in Albanien und für die Gründung der kommunistischen Partei zu kämpfen. Es gab viele Widerstände aus den Reihen der kommunistischen Gruppen heraus eine einheitliche KP zu gründen.

Opportunismus, Gruppenegeist, Sektierertum usw. hemmten diesen Prozess. Es gab die "Korça"-Gruppe, die "Shkodra"-Gruppe, die "Jugend"-Gruppe oder die "Zjari"-Gruppe, die sich als die "KP Albanien" aufspielte. Kein Führer wollte auf seine Stellung verzichten. "Seine" Gruppe war wichtiger als die Bewegung. Verbreitet war z.B. die "Theorie der Kader", die besagte, dass die Kommunisten die Massen nicht organisieren und mobilisieren sollten, sondern sich in ihren Zellen einkapseln und sich hauptsächlich mit theoretischer Erziehung, mit der "Ausbildung der Kader" befassen sollten. Erst danach könne die revolutionäre Tätigkeit beginnen. Die "Jugend"-Gruppe war der Meinung, in Albanien existiere kein Proletariat, also auch kein Klassenkampf. Der Faschismus sei für Albanien vorteilhaft, denn dadurch entwickle sich der Kapitalismus und das Proletariat wachse. Für die Führer der "Shkodra"-Gruppe war es kein Problem, in Gerichtsverfahren auszusagen. Im Januar 1939 verrieten sie ihre Genossen vor Gericht. Das Gericht verurteilte 52 Angeklagte zu verschiedenen Strafen. Die Häupter der "Shkodra"-Gruppe betrachteten die Denunziation als Mittel, um die Genossen vor den Folterungen des Feindes auf die Probe zu stellen.

Trotzkismus und Anarchismus waren in allen Gruppen weit verbreitet. Doch genug der Beispiele. Diese Häupter der kommunistischen Gruppen waren ungeeignet, eine einheitliche KP zu schaffen. Im Gegenteil, sie waren ein Hindernis. Die albanischen Kommunisten kämpften aktiv gegen die Faschisten, sie organisierten den Widerstand des Volkes. Sie kämpften als Partisanen in den Bergen. Doch die Zersplitterung war hinderlich. Sie musste überwunden werden. In einem rückständigen Land wie Albanien und unter den Bedingungen der fa-

schistischen Besatzung war es äußerst schwierig, die lokalen kommunistischen Gruppen zusammenzuschließen. Vom 8.-14. November 1941 versammelten sich in Tirana Vertreter verschiedener kommunistischer Gruppen.

Durch den Druck der Basis sowie durch die Bemühungen Envers kam es zu dieser Versammlung. 15 Vertreter der kommunistischen Gruppen nahmen daran teil: Qemal Stafa, Vasil Shanto, Pilo Peristeri u.a. Es wurde ein provisorisches ZK gewählt mit Enver Hoxha an der Spitze.

Weiterhin wurde beschlossen, dass die Führer der kommunistischen Gruppen sämtliche Verbindungen mit den Mitgliedern ihrer Gruppe dem Zentralkomitee übertragen sollten. Damit war die Zersplitterung in verschiedene Gruppen beendet. Nicht durch Verhandlungen kam es zum Zusammenschluss, sondern durch den Druck der Basis. Immer offensichtlicher wurde den Kommunistinnen und Kommunisten die Notwendigkeit einer einzigen Kommunistischen Partei.

Die Kommunistische Partei wurde im Feuer des Klassenkampfes geboren, im Kampf gegen ihre eigenen Führer. Die Partei war anfangs sehr klein. Etwa 400 Mitglieder zählte sie. (Im Vergleich: Albanien hatte damals etwa 1 Million Einwohner. Deutschland hat heute ca. 80 Millionen. Danach musste eine "gleichkleine" Partei dann 80 x 400, also etwa 32 000 Mitglieder haben. Davon sind wir noch weit entfernt.)

Die KPA, die sich später in Partei der Arbeit Albaniens umbenannte, ging sofort daran, eine Nationale Befreiungsarmee zu organisieren und den bewaffneten Kampf gegen die Faschisten anzuführen. Neben der KPA gab es keine andere politische Partei oder Kraft in Albanien, die dieses Ziel verfolgte. So machte sich die KPA daran, nicht nur die geringe Zahl der Arbeiter, sondern auch die Bauern, Handwerker usw. im antifaschistischen Widerstand, für die Befreiung Albaniens zusammenzuschließen. Mit der KPA war die Kraft entstanden, die dieses große Werk vollbringen konnte. Es war ein Kampf voller Opfer. Erst die italienischen, dann die deutschen Faschisten hausten unmenschlich: 28000 albanische Frauen und Männer ließen ihr Leben für die Freiheit, 7,3 % der Bevölkerung wurden getötet oder schwer verwundet, 21% der Häuser zerstört, ein Drittel des Viehbestandes vernichtet, die wenigen Brücken, Fabriken, Werkstätten, Häfen usw. zerstört oder beschädigt.

Die Befreiung Albaniens

Obwohl mehr als 700 000 faschistische Soldaten während des 2. Weltkrieges ihren Fuß auf albanischen Boden setzten - die Bevölkerung Albaniens betrug damals ca. 1 Millionen - obwohl die Faschisten bestialisch hausten, wurden sie geschlagen. Genosse Enver Hoxha stand an der Spitze der KPA und der Nationalen Befreiungsarmee. Alle revolutionären, nationalen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte wurden vereint. Volksräte wurden gewählt. Und schließlich, am 28.11.1944, zog die Demokratische Regierung Albaniens in Tirana ein und übernahm die Macht. Einen Tag später, am 29.11.1944 wurde als letzte albanische Stadt Shkodra befreit.

Damit wurden die jahrzehntelangen Kämpfe und Mühen des albanischen Volkes, seine Unabhängigkeit und Freiheit von ausländischen Mächten zu erreichen, mit Erfolg gekrönt. Enver Hoxha und die albanischen Kommunisten und mit ihnen das gesamte albanische Volk übernahmen ein schwieriges Erbe - der Ausdruck "schwierig" ist geradezu geschmeichelt. Denn das Zoguregime und die Faschisten hatten nichts hinterlassen, auf dem man ein unabhängiges, fortschrittliches Albanien hätte aufbauen können. Im Gegenteil! Sie hatten alles vernichtet. Die albanischen Kommunisten und Enver Hoxha schreckten vor diesen Schwierigkeiten nicht zurück. Sie krepelten die Ärmel hoch und machten sich daran, die dringendsten Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Sümpfe wurden trockengelegt, der Getreideanbau ausgeweitet,



Borova - Gedenkstätte an das Massaker der Nazis

Bewässerungsanlagen gebaut, um das Brot zu sichern. Schulen entstanden, Alphabetisierungskurse wurden durchgeführt, Fachkräfte ausgebildet, um ein Minimum an Kultur und Bildung zu schaffen. Fabriken wurden wieder aufgebaut und erweitert, Wasserkraftwerke und Eisenbahnlinien gebaut, neue Industrieanlagen errichtet, um die ersten Schritte zu einer modernen Industrie zu gehen.

Gesundheitswesen und Hygiene wurden entwickelt, Ärzte, Pfleger, Krankenschwestern ausgebildet, um so die schlimmsten Seuchen und Krankheiten einzudämmen. Allein die Erfolge der ersten Jahre des Aufbaus der Volksrepublik Albanien übertreffen sämtliche Entwicklungen der vorhergegangenen Jahrzehnte in Albanien um ein Vielfaches. In Albanien der Großmächte und des Zoguregimes war die Entwicklung stehen geblieben. Die Menschen lebten in Hunger und Elend. Nun erwachte das Land, lebte und schritt stürmisch voran.

Ständiger Kampf

Schon bald musste Albanien und die albanische Partei die Erfahrung machen, dass nicht jeder, der sich Kommunist nennt, das auch wirklich ist. Tito in Jugoslawien wandte sich dem westlichen Kapital zu, nahm Kredite von den US-Imperialisten, versuchte die sozialistischen Länder zu zersetzen usw. Auch Albanien nahm er ins Visier. Er wollte Albanien unter "Bruderküssen" zu einer Provinz Jugoslawiens machen. Tito nannte sich zwar "Marxist", aber er bog sich den Marxismus nach seinen Herrschaftsinteressen zurecht. Er revidierte ihn - seitdem nennt man solche Leute Revisionisten. Tito wurde zum

Agenten des Kapitals im sozialistischen Lager, der seinen Revisionismus, seinen Verrat am Marxismus, in allen kommunistischen Parteien aussäen wollte.

Die Partei der Arbeit Albaniens und Albanien wurden unmittelbar bedroht. Tito und seine Leute hatten bereits Gruppen in Albanien und in der albanischen Partei geschaffen, die für ihre Ziele arbeiteten. "Demokratie" führte Tito zwar im Mund, aber in der Praxis arbeitete er **mit dem Mittel der Konspiration** und des **Geheimdienstes** (ein Kennzeichen aller Revisionisten übrigens). Genosse Enver Hoxha war es, der sowohl den Marxismus gegen die Angriffe Titos verteidigte als auch die Unabhängigkeit Albaniens und der Partei der Arbeit Albaniens.

Gemeinsam mit Stalin und dem Kominform-Büro führte er einen entschlossenen Kampf gegen Titos Verrat. Doch dies war nur der Anfang einer verhängnisvollen Entwicklung für den Marxismus und den Sozialismus. Das Festhalten am Marxismus-Leninismus und nicht zuletzt die Erfahrungen mit den Titoisten machten die albanischen Kommunisten auch hellhörig und sensibel für die Entwicklung in der Sowjetunion nach Stalins Tod.

Nikita Chruschtschow war es, der den Albanern empfahl, aus ihrem Land eine Obstplantage zu machen, das Brot würde er schon schicken: "Was ihr an Weizen braucht, fressen bei uns die Mäuse!" so Chruschtschow. Dazu gab es Pläne, den albanischen Hafen Vlora als Stützpunkt der sowjetischen Flotte massiv auszubauen. Albaniens Unabhängigkeit war wieder einmal in Gefahr. "Wir haben auch ohne Brot barfuß gekämpft, uns aber nie jemandem gebeugt!" - diese Antwort Envers beschreibt die albanische Position. Als klar wurde, dass Chruschtschow und Konsorten den Weg des Verrats unwiderrufflich beschritten hatten und zu keiner Rückkehr zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu bewegen waren, traten die Partei der Arbeit Albaniens und Enver Hoxha dafür ein, die Verräter als Feinde zu behandeln und einen klaren Trennungsstrich zu ziehen. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Chruschtschow im Jahre 1961 folgte dann nach dem Einmarsch der UdSSR-Truppen in die CSSR 1968 der Austritt Albaniens aus dem Warschauer Vertrag.

In allen diesen Situationen hielt Enver Hoxha konsequent am Marxismus-Leninismus fest. Druck, wirtschaftliche Erpressung, militärische Drohungen brachten ihn niemals dazu, seine Überzeugungen zu verraten und sich aus Opportunismus zu beugen. Als Chruschtschow Albanien mit militärischer Intervention bedrohte, brachte ihm das nichts außer einen noch schärferen Kampf Envers gegen diesen frisch gebackenen Imperialisten mit sozialistischer Maske.

Kampf gegen den Maoismus

Engere Kontakte mit den Chinesen hatte die PAA erst nach 1956. Diese Kontakte nahmen aufgrund des Kampfes, den die PAA gegen den chruschtschowschen modernen Revisionismus führte, zu. Als Ende der 50er Jahre die Chruschtschowianer ihren Angriff gegen den Marxismus-Leninismus intensivierten, nahmen sie die KP China ins Visier. Die PAA kam in dieser Periode der

KP Chinas zu Hilfe. In der Annahme, dass China ein sozialistisches Land und die KP eine marxistisch-leninistische Partei sei, zeigte sich die PAA stets solidarisch mit China. Zugleich hat die PAA die antimarxistischen Haltungen und Handlungen, die sich in vielen Fällen bei den chinesischen Führern feststellen liessen, mit Sorge betrachtet, sie hat, soweit es real möglich war, kritische Meinungen über das geäußert, was in China geschah.

Im Sommer 1971 machte der amerikanische Außenminister einen Geheimbesuch in Peking, führte Gespräche und vereinbarte einen Besuch des US-Präsidenten Nixon in China. Der Besuch fand 1972 statt. Mao empfing Nixon persönlich. Dieses Ereignis markierte einen grundlegenden Wendepunkt in der chinesischen Politik. China hatte sich in den Tanz der imperialistischen Rivalitäten um die Neuaufteilung der Welt eingereiht, um sich seinen Anteil zu sichern, wobei es auf die Seite der einen Supermacht, der USA, gegen die andere Supermacht, die Sowjetunion, überging. Aus diesem Grund war es notwendig, dem ZK der KP Chinas durch einen Brief zu verstehen zu geben, dass Albanien entschlossen Widerstand gegen den neuen Kurs einlegte.

"Wir, die albanischen Kommunisten", schrieb Enver in dem Buch "Imperialismus und Revolution", "haben uns unsere Meinung über die 'Maotsetungsideen' und unsere Überzeugung von ihrer Gefährlichkeit schrittweise gebildet."

Genosse Enver analysierte die chinesische Politik anhand der chinesischen Presse und Auslandspresse. Die albanische Botschaft in Peking war der wichtigste Informationsbeschaffer. Nur selten erhielt die PAA auf offiziellem Weg durch die chinesischen Führer Kenntnis über die chinesische Politik. Da die Angaben nur bruchstückhaft und unzureichend waren, waren die albanischen Kommunisten gezwungen, Vermutungen anzustellen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen.

Den chinesischen Revisionismus unterzieht Genosse Enver Hoxha einer allseitigen Analyse. Der chinesische Revisionismus zeigte sich offen Anfang der siebziger Jahre, doch er entstand nicht zu dieser Zeit, geschweige denn erst nach dem Tod von Mao Tsetung. Er wurzelt ideologisch-theoretisch in den so genannten "Mao-Tsetung-Ideen", die insbesondere nach 1935, als Mao Tsetung an die Parteispitze kam, Gestalt anzunehmen begannen. Die "Mao-Tsetung-Ideen" sind grundverschieden vom Marxismus-Leninismus. Sie sind ein Amalgam von Ansichten, wo dem Marxismus entlehnte Ideen und Thesen sich mit konfuzianischen, buddhistischen, anarchistischen, trotzkistischen, titoistischen, chruschtschowianischen und eurokommunistischen Ideen und Thesen und mit ausgeprägt nationalistischem und rassistischem Einschlag vermengt haben.

Es ist gerade diese Vermischung allerlei idealistischer, pragmatischer und revisionistischer Philosophien, die die "Mao-Tsetung-Ideen" zu einer Waffe aller fraktionistischen Strömungen und Linien in China im Kampf jeder gegen jeden oder im Rahmen vorübergehender Koexistenz gemacht haben. Aus diesen Gründen gelang es der KP Chinas zu keiner Zeit, von Ideologie, Politik, Zusammensetzung und vom organisatorischen Aufbau her

eine wahrhaft proletarische Partei zu werden; aus diesen Gründen wuchs die bürgerlich-demokratische Revolution in China nicht in die sozialistische Revolution hinüber, führte nicht zur Errichtung der wahrhaft proletarischen Diktatur und brachte das Land nicht auf den wahren Weg der sozialistischen Entwicklung.

Mao Tsetung hatte den Ruf eines großen Marxisten-Leninisten und bezeichnete sich selbst als Kommunist. Das war er aber nicht. Er war nur ein demokratischer Revolutionär, der einige Elemente der marxistisch-leninistischen Philosophie mit dem Idealismus, mit der bürgerlich-revisionistischen Philosophie und mit der alten chinesischen Philosophie auf eklektische Weise vereinigte.

Der 7. Parteitag der PAA (November 1976)

Wie der Parteitag vorhergesagt hatte, verstärkten die Imperialisten und Revisionisten den Druck auf Albanien, um zu verhindern, dass es auf dem Weg des Sozialismus vorwärtsschreitet. Insbesondere die albanienfeindliche Tätigkeit der chinesischen Führung verstärkte sich im Zeichen der Rache gegen die PAA, die auf ihrem 7. Parteitag eine prinzipienfeste Kritik an der antimarxistischen Theorie der "drei Welten" geübt hatte. Durch gezielte Provokationen versuchte die chinesische Führung den Parteitag zu sabotieren. Der im Exil lebende Vorsitzende der illegalen KP Polens, Kazimierz Mijal, war von den Chinesen aufgehetzt worden und sollte auf dem Parteitag provozieren. So randalierte er in Tirana unter Alkoholeinfluss, beschimpfte das ZK der PAA und Enver Hoxha als Verräter und anderes mehr. Es sollte sich bald zeigen, dass die KP Chinas ihren Einfluss auf die internationale Marxistisch-Leninistische Weltbewegung ausnutzte, um diese zu spalten. Sie luden Tito nach Peking ein, den sie jetzt einen "grossen marxistisch-leninistischen Führer" nannten. In Deutschland wurde über die "Peking Rundschau" (45/77) die "Drei-Welten-Theorie" als "neue" Generallinie verbreitet. ("Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt - ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus") Unter dem Vorwand, zwischen den sich marxistisch-leninistisch nennenden Organisationen bestehen kaum Unterschiede und man könne sich mit allen vereinigen, nahmen die chinesischen Maoisten mit allen Organisationen offiziellen Kontakt auf (KPD/AO, KBW usw.). Gleichzeitig wurde die bisher als einzig anerkannte kommunistische Partei, die KPD/ML, bekämpft. Mittels Repressalien, Spaltungsversuche, Verleumdungen und Intrige versuchte die KP Chinas die ML-Bewegung auf ihre konterrevolutionäre Seite zu zerren.

Es war klar, dass die chinesischen Revisionisten auf ideologischem Gebiet gegenüber der PAA eine Niederlage erleiden würden. Aber im Rahmen der zwischenstaatlichen Beziehungen, insbesondere auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet, glaubten sie Albanien zu bestrafen. Gleich nach dem 7. Parteitag kamen zahlreiche Waren, Maschinenanlagen und Ausrüstungen, zu deren Lieferung China vertraglich verpflichtet war, defekt oder überhaupt nicht an. Unterdessen verübten die chinesischen Spezialisten, die in Albanien arbeiteten, auf Anweisung von oben verschiedene Sabotageakte. Um für

die im Entstehen begriffene neue Situation gerüstet zu sein, traf das ZK der PAA alle erforderlichen Maßnahmen, um die Kommunisten und das gesamte Volk in jeder Hinsicht vorzubereiten, um das Vertrauen in die eigene Kraft zu festigen. Genau wie einst die Chruschtschowianer ging auch die chinesische Führung zu offen albanienfeindlicher Tätigkeit über und verkündete am 7. Juli 1978 ihren Beschluss, Albanien die wirtschaftlichen und militärischen Kredite und Hilfen mit sofortiger Wirkung aufzukündigen und sämtliche Spezialisten aus Albanien abziehen. Dieser Akt war die logische Folge des Kurses, den sie zur kapitalistischen Entwicklung Chinas und zu seiner Umwandlung in eine sozialimperialistische Supermacht verfolgte.

Als China alle Verträge brach, Werke halbfertig stehen ließ, für die Albanien bereits Millionen investiert hatte, führte dies in Albanien nicht zu Resignation und Chaos, sondern zum Aufbäumen des gesamten Volkes und der PAA, um diese Schwierigkeiten zu meistern. Die klare, unerschütterliche Haltung der PAA und Envers hatte Rückhalt beim Volk und wurde dort verstanden. Die arbeitenden Menschen waren für ihn nicht Manövriermasse, sondern aktive Teilnehmer an diesem Kampf gegen den Verrat am Sozialismus.

Das moderne Albanien unter Enver Hoxha

Unter Enver Hoxhas Führung wurde die albanische Industrie und die Landwirtschaft entwickelt. Für Albanien war es ein großer Sieg, dass es selbständig Ersatzteile herstellen konnte und somit die Abhängigkeit von den Lieferungen der Kapitalisten, in der viele Entwicklungsländer stecken, vermindern konnte. Für Albanien war es ein großer Sieg, selbst Strom herzustellen und diesen sogar zu exportieren, weil es Überschüsse gab. Die Elektrifizierung, der erste eigene Stahl, eine expandierende Rohstoffgewinnung, wachsende Eisenbahnnetze, der erste eigene Traktor - das alles waren Siege. Unter Enver Hoxhas Führung schaffte Albanien den Sprung von einem halbfeudalen Land zu einem Industrie-Agrar-Staat. All diese Erfolge konnten nur durch den Sozialismus und die Planwirtschaft erreicht werden. Andere Entwicklungsländer auf vergleichbarer Stufe, die in den Segnungen der Marktwirtschaft leben, können von solchen Erfolgen nur träumen. Dort verelenden die Massen immer mehr. Die Planwirtschaft machte es möglich, die wenigen ökonomischen Reserven des Landes in die wichtigsten Sektoren zu stecken und so einen raschen, effektiven Aufbau zu ermöglichen. Der Plan war in Albanien nie etwas Totes, sondern immer eine Kampfaufgabe. Natürlich hatte die albanische Industrie nicht das Niveau der großen westlichen imperialistischen Wirtschaften. Das war bei den Ausgangsbedingungen und unter den Bedingungen eines imperialistischen Weltmarktes, in dem den kleinen Völkern diktiert wird, kaum möglich. Die Erfolge der sozialistischen Planwirtschaft sind bei Berücksichtigung dieser Faktoren sogar noch höher zu bewerten. Die großartige wirtschaftliche Entwicklung Albaniens machte soziale und kulturelle Fortschritte möglich, wie sie zuvor in Albanien und selbst in vielen Industriestaaten undenkbar waren und sind.

Es gab keine Steuern und Inflation. Die medizinische

Versorgung war kostenlos und so gut, dass Albanien die niedrigste Säuglingssterblichkeit in Europa hatte.

Sicher war so manche medizinische Einrichtung einfach. Aber bunte Pillen und glitzernde Apparate sagen eben doch nicht alles über die Güte einer medizinischen Versorgung. Männer konnten mit 60, Frauen mit 55 Jahren in Rente gehen. Mieten waren spottbillig. Wo früher in Lehmhütten usw. gehaust wurde, hatte nun jeder ein Dach über dem Kopf, wenn auch nicht luxuriös. Über 70% der Jugendlichen erhielten eine höhere Schulbildung. Es wurden Fachhochschulen und die erste Universität des Landes, die Enver-Hoxha-Universität, aufgebaut. Diese Liste könnte endlos fortgeführt werden.

Diktatur des Proletariats

Unter der Führung des Genossen Enver Hoxha wurde in Albanien der Sozialismus aufgebaut und die Diktatur des Proletariats verwirklicht. Diktatur des Proletariats - das hieß in Albanien nicht Diktatur von Bürokraten über das Proletariat, sondern tatsächliche Herrschaft der Arbeiterklasse. Sie bestimmte mit ihrer Partei den Plan und den Kurs. Sie konnte Abgeordnete und Direktoren abberufen, wenn sie nicht nach den Interessen der arbeitenden Menschen handelten. Die Partei stellte sich und den Staatsapparat bewusst unter die Kontrolle der Werktätigen. Sie zog damit Konsequenzen aus der Entartung der UdSSR und der osteuropäischen Länder. Kader mussten regelmäßig in die Produktion arbeiten. Der Lohn eines Fabrikdirektors, eines Ministers, eines Universitätsprofessors orientiert sich am Durchschnittslohn eines Arbeiters. Die Lohnunterschiede betragen 1:1,5. Das klingt für uns unwahrscheinlich, aber es ist möglich in einem Land, in dem tatsächlich die Arbeiterklasse regiert. Die Preise für Konsumgüter, für Dienstleistungen usw., die steigen nicht etwa, wie wir es "gewohnt" sind, im Gegenteil: es gab immer wieder Preissenkungen! Neue Parteimitglieder wurden von ihren Kolleginnen und Kollegen überprüft. Jeder Funktionär konnte öffentlich kritisiert werden und musste öffentlich dazu Stellung nehmen. Alle wichtigen Probleme besprach die Partei mit den Massen. Nur so konnten z.B. die lebensbedrohlichen Situationen bei dem Versuch der Einverleibung durch Jugoslawien, bei den militärischen Drohungen Chruschtschows, bei der chinesischen Wirtschaftssabotage gemeistert werden. Enver Hoxha war ein Vorkämpfer für die enge Verbindung der albanischen Partei mit den arbeitenden Menschen. Er kämpfte unermüdlich gegen jede Form des Bürokratismus, gegen alle Tendenzen zur Entartung.

Enver Hoxha verteidigt den Marxismus-Leninismus gegen die Revisionisten aller Schattierungen

Das Kennenlernen der Tito-Revisionisten prägte die weitere Entwicklung Envers. Es war ein Kampf auf Leben und Tod. Die Erfahrungen halfen der Partei der Arbeit Albaniens, den "fälschen" Marxismus, d.h. den Revisionismus als eine tödliche Gefahr zu erkennen. "...dass wir es hier mit Revisionisten, Falschspielern, Heuchlern, Schiebern, mit unverschämten Leuten zu tun haben, die mit dem Marxismus-Leninismus Schacher betreiben." (Enver Hoxha, Die Supermächte, S.35)

Die Verteidigung des Marxismus-Leninismus war fortan die treibende Kraft. Nachdem dieses Gift die meisten Kommunistischen Parteien ergriff, diese zu revisionistische Parteien entarten liess, unterstützte und half Genosse Enver Hoxha den neuen, sich entwickelten Marxistisch-Leninistischen Parteien. Der Aufbau der Bolschewistischen Parteien konnte und musste im Kampf gegen den modernen Revisionismus erfolgen. Die Lehren, die Genosse Enver Hoxha aus der Entartung gezogen hat, sind ein unermesslicher Schatz.

Der Revisionismus in Albanien

Die Erfahrungen der Entartung von kommunistischen Parteien besagen:

Kommunist/innen sollten keinem Apparat und keiner Partei "bedingungslos treu sein", denn jeder Apparat, jede Partei kann unter bestimmten Bedingungen den Klassencharakter wechseln bzw. bereits zuvor partiell von feindlichen oder auch schwankenden, opportunistischen bzw. bestimmte Eigeninteressen verfolgenden Kräften genutzt werden.

Heute wird Enver Hoxha von der bürgerlichen Presse als Monster dargestellt, das ein in ganzes Volk blutig unterdrückte. Das ist die gleiche Masche wie gegenüber Stalin. Überall wird von "Fehlern" gesprochen und das Albanien Envers angegriffen. Natürlich gab es Fehler bei Enver. Wie sollte es ein so langes, kämpferisches Leben ohne Fehler geben. Und vor allem: Die Fehler wiegen nichts im Vergleich zu den Verdiensten und Erfolgen Enver Hoxhas. Unter seiner Führung war Albanien für alle fortschrittlichen und revolutionären Menschen auf der ganzen Welt eine Ermutigung. Zweieinhalb Jahrzehnte war Albanien das einzige Land auf der Welt, in dem der Sozialismus existierte (bis Mitte der 80er Jahre). Es war "eine befreite Zone" im wahrsten Sinne des Wortes. Von Albanien aus war weltweit die Stimme der Revolution, des Sozialismus und Kommunismus zu vernehmen. Albanien unterstützte alle fortschrittlichen Bewegungen, alle wahrhaften ML-Parteien. Es war ein Vorbild für die Werktätigen der Welt. Die Erfahrungen im Klassenkampf, die gewonnen wurden, sie sind vorhanden und sind unerlässlich für einen erneuten Aufbau des Sozialismus. Ermutigend ist die Tatsache, dass ein solch kleines Land lange der imperialistisch-revisionistischen Einkreisung standhielt. Auch eine antikommunistische Welle in Albanien kann die Verdienste Enver Hoxhas um sein Land und die Weltrevolution nicht auf Dauer verdunkeln. Im Gegenteil! Die rasche Integration des heutigen Albaniens in die kapitalistische Marktwirtschaft hat die Errungenschaften Albaniens unter dem Sozialismus noch deutlicher hervortreten lassen. Die schäbige Realität des wieder eingeführten Kapitalismus, der Arbeitslosigkeit, der Ausbeutung, der Abhängigkeit, der Armut und des Hungers werden das Werk des Genossen Enver Hoxha noch stärker zum Leuchten bringen.

Als das ZK der Partei der Arbeit Albaniens am 11. April 1985 mitteilte, dass um 02.15 Uhr das Herz des Genossen Enver Hoxha aufgehört hatte zu schlagen, wurde diese Meldung vom albanischen Volk mit grossem Schmerz aufgenommen. Millionen Menschen in der Welt trauerten um einen der grössten Marxisten-Leninisten des 20. Jahrhunderts.

Seminar: 100 Jahre Enver Hoxha 17.-19.10.2008

Der große albanische Kommunist und Internationalist Enver Hoxha wurde vor 100 Jahren, am 16. Oktober 1908 geboren. Er einte die zersplitterten revolutionären Kräfte in Albanien zu einer starken kommunistischen Partei (später PdAA) und führte die Bevölkerung Albanien im Kampf gegen die faschistischen Besatzer zur Befreiung 1944. Unter schwierigsten Bedingungen wurde in Albanien ein sozialistisches Land aufgebaut. Als die Sowjetunion unter Chruschtschow entartete, verteidigte die Partei der Arbeit Albanien und Enver Hoxha den Marxismus-Leninismus. Auch als Chruschtschow und seine Clique begannen, Albanien wirtschaftlich, politisch und militärisch zu erpressen und unter Druck zu setzen, blieben das kleine Albanien und Enver Hoxha standhaft.

International halfen die Partei der Arbeit Albanien und Enver Hoxha den marxistisch-leninistischen Kräften weltweit, die revisionistische Entartung in der Sowjetunion und anderen ehemals sozialistischen Ländern zu erkennen und sich zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus und zum Aufbau neuer kommunistischer Parteien zu organisieren. Bis zu seinem Tod am 11. April 1985 kämpfte Enver Hoxha unermüdlich für den Aufbau des Sozialismus und für die Stärkung der internationalen kommunistischen Bewegung.

Aus Anlaß des 100. Todestages wollen wir in einem Seminar über das Leben und Werk des Genossen Enver Hoxha informieren und diskutieren. Dabei geht es vor allem darum, die Aktualität seines Kampfes herauszuarbeiten.

Zu dem Seminar sind alle fortschrittlichen, revolutionären und marxistisch-leninistischen Kräfte in unserem Land eingeladen. Zu allen Punkten gibt es die Möglichkeit zur Diskussion.

Programm:

Freitag, 17.10.

ab 19 Uhr: Kulturprogramm

Samstag, 18.10.



10 -12 Uhr: Referat:
Leben und Werk des
Genossen Enver Hoxha

15 -17 Uhr: Referat:
Ist der Kampf des Ge-
nossen Enver Hoxha
gegen den Revisionis-
mus noch aktuell?

17.15 -19.15 Uhr: Re-
ferat: Das sozialistische
Albanien und das heu-
tige Albanien

Abends: Kultur-
programm

Sonntag, 19.10.

10 -13 Uhr:

Enver Hoxha und die
kommunistische Bewe-
gung in Deutschland -
Abschlußdiskussion

Wegen begrenzter Teil-
nehmerzahl ist eine
Anmeldung unbedingt

notwendig.

Die Kosten für die Teilnahme mit Übernachtung und
Verpflegung betragen **70 Euro**.

Teilnehmer, die diesen Betrag nicht aufbringen kön-
nen, können eine Ermäßigung mit Begründung be-
antragen.

Das Seminar wird in der Region Frankfurt stattfin-
den. Der Ort wird noch bekannt gegeben.

Anmeldungen an: Verlag AZ, Postfach 401051,
70410 Stuttgart,

Fax 0711-8702445, e-mail: webmaster@arbeit-zu-
kunft.de

Arbeit-Zukunft

Herausgegeben von der Organisation für den Aufbau
einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands
<http://www.arbeit-zukunft.de>

**Solidarität
ist unsere
stärkste Waffe!**

**Rote
Hilfe**

zentrales sekretariat kontakt: www.rote-hilfe.de

rote hilfe neu,
kuno 141 100 012
postfach, dortmund
fax 030 100 01

rote hilfe hankelgeschäftsstelle
postfach 3785, 37072 gültlingen
fax (0551) 770-8008
fax (0551) 770-8000

Satire

An wem bleibt alles hängen?

Um die Entwicklung des staatlichen Auszeichnungswesens

Als Leonid Iljitsch Breshnew zum ersten Mal "Held der DDR" wurde, wären Hoffmann, Mielke und Dickel beinahe geplatzt. Vor Neid.

Erich Honecker, Überreicher, und der große Ordensbruder, Empfangender, lagen sich in den Armen, da blitzte es an der Brust des Geehrten verdächtig auf.

Wieso kriegt der mit Brillanten, und wir nicht? maulten Hoffmann, Mielke und Dickel. Sind wir etwa Helden zweiter Klasse?

Dazu später ...

Lassen wir Zahlen und Fakten sprechen:

) Für die Produktion, Verleihung und Dotierung staatlicher Auszeichnungen wurden jährlich 40 Millionen Mark aufgewendet. Wenn's reicht.

) Allein die "Münze" in Berlin produzierte 1989 ganze 47 000 Stück hohe staatliche Auszeichnungen sowie 550 000 Stück Verdienstmedaillen.

) Das Auszeichnungswesen der Deutschen Demokratischen Republik führt 152 verschiedene staatliche Auszeichnungen in

mehr als 270 Stufen. Weitere 10 000 ansteckbare Auszeichnungen staatlicher Organe, Parteien und Organisationen komplettieren das Angebot. Damit ist jedem Bürger das Grundrecht garantiert, im Verlaufe seines Lebens mindestens 10 Auszeichnungen zu erhalten. Ob er will oder nicht. Der hohe moralische und leistungstimulierende Wert von Orden läßt sich natürlich nicht nur in Zahlen ausdrücken.

Denken wir an die schönen Auszeichnungsfeiern und Ansprachen. Das muß man einfach einmal miterlebt haben. In diesen erhebenden Augenblicken waren Volk und Führung stets eins.

Ein Bannerträger erzählt: Ich habe fast geweint, als die Einladung kam. Sie hatten an alles gedacht. Da stand genau drauf, was ich anziehen sollte. Alle im Betrieb wußten längst, daß ich dran war, bloß ich nicht. Sie konnten mir ja auch keinen Tip geben, denn es kam vor, daß ein Beantragter, also ein verdienter Arbeiter, noch im letzten Augenblick wieder zurückgezogen werden mußte, weil

ausnahmsweise zu wenig Angestellte auf der Liste standen. Einmal hatten sie bei uns ein Kollektiv für "Banner der Arbeit" zusammengestellt, dann kam eine Information, einer sei zuviel. Haben sie also den Jüngsten rausgenommen, weil der noch Zeit hatte. Plötzlich kam die Botschaft, beim Vaterländischen in Silber sei noch was frei. Peng! Hat doch der Kumpel, der vorher wegen Überfüllung durch den Rost gefallen war, den "Va-



Die "Diktatur des Proletariats" in voller Blüte...

ter" abgefaßt. Hatte sich natürlich noch mehr gelohnt Bis Banner. Kohlemäßig.

Grundsätzlich muß man anerkennen, daß in den Auszeichnungskommissionen Heroisches geleistet wurde. Die Jungs hätten selbst einen Orden nach dem anderen verdient. Für einen bestimmten Anlaß benötigte man beispielsweise einen Helden der Arbeit. Einen weiblichen, nicht älter als zwanzig, aktive FDJlerin, nicht Parteimitglied, weil schon genug vertreten waren, hübsch, kulturell interessiert, Tanzzirkel oder so.

Das war Schwerstarbeit. In den Bekleidungswerken VEB Herrenmode Dresden haben sie schließlich den passenden Typ gefunden. Die Kleine wußte gar nicht, wie ihr geschah. Bis zum Schluß hat sie gedacht, sie werde bloß mal fotografiert. Erst als die Laudatio in der Gewerkschaftszeitung "Tribüne" stand, hat sie es geglaubt.

War ja auch wirklich 'ne schöne Begründung:

"Sicher, mit einer Prämie vielleicht hattest du gerechnet. Was aber sind die besonderen Zutaten, die

sich für dich zu dem Ehrentitel Held der Arbeit zusammenfügen? Leicht machst du es dir nicht. Drei Arbeitsgänge muß jede Kollegin am Band beherrschen, einen davon perfekt. Das ist Qualität, Zeit, Geld. Als erste legtest du im vergangenen Jahr, zum Wettbewerbsauftakt, einen persönlich-schöpferischen Plan vor... Der Sinn: Wenn eine Kollegin ausfällt, muß eine andere sofort einspringen können, damit die Produktion nicht stockt. Und die Qualität darf keinesfalls leiden. Wichtig auch: In jedem Arbeitsgang die Norm zu erfüllen und überzuerfüllen. Dir ist das gelungen. Du bist unbequem gegen dich selbst, hilfst damit deinen Kolleginnen, die vielleicht aus familiären Gründen manches nicht schaffen können."

Besonders die älteren Kolleginnen, die schon ganz krumme Rücken hatten von der vielen Arbeit, waren gerührt und stolz auf ihr Können. Damals entstand ja dann auch die alt und jung gleichermaßen mitreißende Losung: Der Jugend Ruhm und Ehre - dem Alter Vertrauen und Verantwortung.

Bei anderen Kollegen war es mit den Begründungen auch wesentlich leichter. Bei Erich Honecker beispielsweise. Er wurde 1982 zum ersten und 1987 zum zweiten Mal "Held der DDR". Das ist kein E-Lok-Orden - ohne Kohle also -, da hängen 25 000 Mark dran. Beide Male wurde aufs Wort dieselbe Begründung gegeben. Hatte sich ja auch prinzipiell nichts verändert in seinem Heldenleben. Und "bei der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus", wie es jedesmal hieß, war E. H. ja wirklich ganz groß.

Obwohl, wie wir schon eingangs sagten, beim "Helden der DDR" ging nicht immer alles glatt.

Die führenden Genossen waren eben auch bloß Menschen.

Also los, der Leser platzt ja schon vor Neugierde, er will unbedingt erfahren, wie es da abgelaufen ist.

Als erster bekam der Armeegeneral Hoffmann den Orden. Anlässlich seines 65. Geburtstages. Die anderen beiden hohen Uniformträger, Erich Mielke und Friedrich Dickel, waren eingeschnappt. Drei Tage später wurden auch sie "Held der DDR". Ohne konkreten Anlaß. Nur so.

Ein Jahr später wurde L. I. Breshnew 70 und "Held der DDR".

Hoffmann, Mielke und Dickel sollen nichts dagegen gehabt haben, ihn in den Bruderbund aufzunehmen. Aber dann passierte das Ding mit den Brillanten.

Die DDR-Helden intervenierten. Ihre Orden wurden daraufhin mit Brillanten nachgerüstet. Ein

Stralsunder Juwelier soll die Arbeit übernommen haben.

Damit war wieder Ruhe. E. H., so wird gemunkelt, soll von dem Orden die Nase ziemlich voll gehabt haben. Am liebsten hätte er ihn wieder abgeschafft. Leider besaß er ihn selbst noch nicht. Vorerst bot sich auch gar kein Anlaß.

Immer kamen ihm andere dazwischen. Andauernd flogen Kosmonauten in den Weltraum, und es war nun mal so üblich, daß sie "Held der DDR" wurden. Anschließend.

Als endlich Luft war, kam Breshnew wieder in die DDR. Keine Frage, er wurde erneut "Held der DDR". Das Reisen fiel dem 70 Jährigen ja tatsächlich nicht mehr leicht. Übrigens, bei einer gründlichen Aufarbeitung der jüngsten Geschichte der Orden wird Breshnew bestimmt als der Ordenshai anerkannt werden.

Heinz Hoffmann betrachtete die erneute Verleihung an Breshnew natürlich als persönliche Herausforderung und wollte auch zweifacher "Held der DDR" werden. Es klappte. Breshnew soll getobt haben. Und zog wieder an Hoffmann vorbei. Er wurde dreifacher "Held der DDR". Jetzt war es aber Zeit für Erich Honecker. Er wollte, nachdem er den Orden hatte, damit Schluß machen, aber da waren natürlich Mielke und Dickel sauer.

In gut uniformierten Kreisen erzählt man, beide planten einen Staatsstreich. Stoph bekam davon Wind; hängte sich aber mit rein, vorausgesetzt, er werde auch "Held der DDR".

Honecker blieb gar nichts anderes übrig, sonst wäre er wahrscheinlich schon damals gestürzt worden. Anschließend machte sich E. H. schnell selbst noch mal zum "Helden der DDR", und dann war aber Schluß.

Wie's nun weitergeht, weiß man nicht.

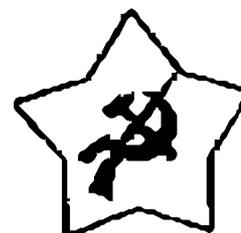
Wir Ordensbrüder und -schwestern sind verzweifelt.

Unser Leben ist durch Orden doch nicht ärmer geworden. Von dem hohen Unterhaltungswert mal gar nicht geredet.

Auf keinen Fall sollte man Orden überhaupt abschaffen.

Was wäre das für ein Leben!

Wofür denn noch!



Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede **Einzel-DC** kostets **5 €**, jede **Doppel-DC** **8 €**, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

- * **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:**
 - * **Waltraud Aust:** Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin
 - * **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam
Albanische Hefte 1/2004
 - K NEU:** **Ernst Aust:** Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)
 - K NEU:** **Zionismus - Todfeind der Völker**
 - K NEU:** **Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution**
 - K NEU:** **Kampf für die Befreiung der Frau**
- Bestellungen bitte an:

**H. Polifka, Postfach 35 11 02
39034 Magdeburg**

(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin
(als Broschüre 3 €)

Neuerscheinung 2005: (nur noch wenige Exemplare)

Herbert Polifka: Die unbekannte Opposition in der DDR (159 Seiten) Preis: 18 €



Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus wiedergegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften. Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neusozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren. Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * *

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)